



Politische Erwachsenenbildung in Österreich und Europa

Ziele, Methoden und Zukunftsperspektiven

EPALE

Österreich | Plattform für
Erwachsenenbildung in Europa

Politische Erwachsenenbildung in Österreich und Europa

Ziele, Methoden und Zukunftsperspektiven

INHALT

4 **Editorial**, EPALE Team Österreich

6 **Einleitende Worte**, Doris Wyskitensky

BEITRÄGE

8 **EPALE und Erasmus+ Erwachsenenbildung – Aktuelle Entwicklungen**
Carin Dániel Ramírez-Schiller

11 **Erwachsenenbildung als Weg zur sozialen Inklusion: aktive Bürgerschaft durch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Teilhabe**
Natasha Kersh

16 **Demokratie-MOOC – Demokratiepolitische Bildung für Erwachsene**
Gerhard Bisovsky, Christin Reisenhofer

22 **Politische Erwachsenenbildung in Österreich – Historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen**
Hakan Gürses, Sonja Luksik

26 **Trauma und Lernen**
Barbara Kuss, Mats Mikiver

30 **Speaking Out Loud – selbstbestimmtes Denken und Handeln durch Community-Medien**
Natalie Konyalian, Petra Pint



- 34 **DEMOS: Demokratie und Gleichberechtigung sind wichtig für unsere Gesellschaft – Politische Beteiligung**
Herbert Depner
- 37 **Europäische Werte in der Erwachsenenbildung: Das Projekt »European Values through European Intelligence« (EVEQ)**
Tino Boubaris
- 40 **EMAC – Ethical Media for Active Citizenship**
Helmut Peissl
- 43 **Die Möglichkeiten des Programms Erasmus+ Erwachsenenbildung**
Karin Hirschmüller

EPALE

- 48 **EPALE – Was haben Sie davon?**
- 50 **So nutzen Sie EPALE für Ihr Projekt**



EDITORIAL

Die Bedeutung von politischer Bildung zeigt sich insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderung. Demokratie muss von jeder Generation neu erlernt werden. Die Erwachsenenbildung hat hierbei eine Schlüsselfunktion in der Vermittlung von Wissen zu Demokratie, Politik, politischen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen. Sie soll Menschen dazu ermächtigen, ihre Rechte wahrzunehmen und an der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen mitzuwirken.

Was alles ist Politische Erwachsenenbildung? Wie und wo passiert sie? Was sind die Themenschwerpunkte, Ansätze, Methoden? Wie können Kurse für politische Bildung gestaltet und Demokratiebildung für Erwachsene umgesetzt werden? Diese Fragen standen im Zentrum der fünften **EPALE-Themenkonferenz am 13. Juni 2019 »Politische Erwachsenenbildung in Österreich und Europa: Ziele, Methoden und Zukunftsperspektiven«**, die in Kooperation von EPALe und Erasmus+ Erwachsenenbildung organisiert wurde.

Rund 120 Teilnehmende aus der Politischen Erwachsenenbildung und angrenzenden Bereichen diskutierten darüber, wie man politische Inhalte im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen vermitteln kann. Die vorliegende Publikation umfasst die Beiträge der Konferenz.

Natasha Kersh (University College London) stellt das Projekt »Erwachsenenbildung als Mittel zur aktiven partizipativen Bürgerbeteiligung« (EduMAP) vor. Das Horizon-2020-Projekt beschäftigt sich mit dem bildungspolitischen Ziel, aktive partizipative Bürgerschaft von jungen, benachteiligten Erwachsenen wie z. B. Personen mit Migrationshintergrund zu fördern.

Als Beispiel für erleichterten Zugang zu gesellschaftspolitischer Bildung präsentieren **Gerhard Bisovsky** (Verband Österreichischer Volkshochschulen) und **Christin Reisenhofer** (Demokratiezentrum Wien) den Demokratie-MOOC, ein an Erwachsenenbildner/-innen, die Kurse zur politischen Bildung umsetzen, gerichteter Online-Kurs.



Hakan Gürses und **Sonja Luksik** (Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung) thematisieren in ihrem Beitrag die Bedeutung Politischer Erwachsenenbildung, deren historische Entwicklung in Österreich und aktuell vorhandene Ansätze.

Weitere Beiträge stehen in Zusammenhang mit den Ergebnissen von Erasmus+ Projekten und beschäftigen sich mit folgenden Themen: Umgang mit Trauma (Barbara Kuss und Mats Mikiver), die Rolle von Community-basierten Medien für selbstbestimmtes Denken und Handeln (Natalie Konyalian und Petra Pint), die gesellschaftliche Bedeutung von Demokratie und Gleichberechtigung (Herbert Depner), Europäische Werte in der Erwachsenenbildung (Tino Boubaris) sowie die ethische mediale Gestaltung (Helmut Peissl).

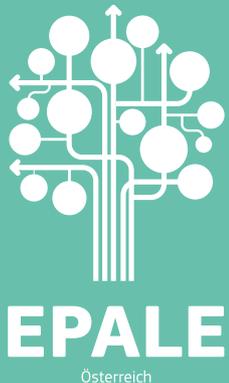
Die vorliegende Publikation informiert auch über die Möglichkeiten, die das Programm Erasmus+ im Bereich Mobilität und Strategische Partnerschaften für die Erwachsenenbildung bietet

(Karin Hirschmüller), und wie die E-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa, EPALe, bei der Projektarbeit unterstützen kann.

EPALe Österreich dankt allen Personen, die als Vortragende zum Gelingen der Veranstaltung und zu der vorliegenden Publikation beigetragen haben.

Eine interessante Lektüre wünscht das Team von EPALe Österreich.

Carin Dániel Ramírez-Schiller
Eva Baloch-Kaloianov
Katrin Handler
Andreas Koreimann



EINLEITENDE WORTE

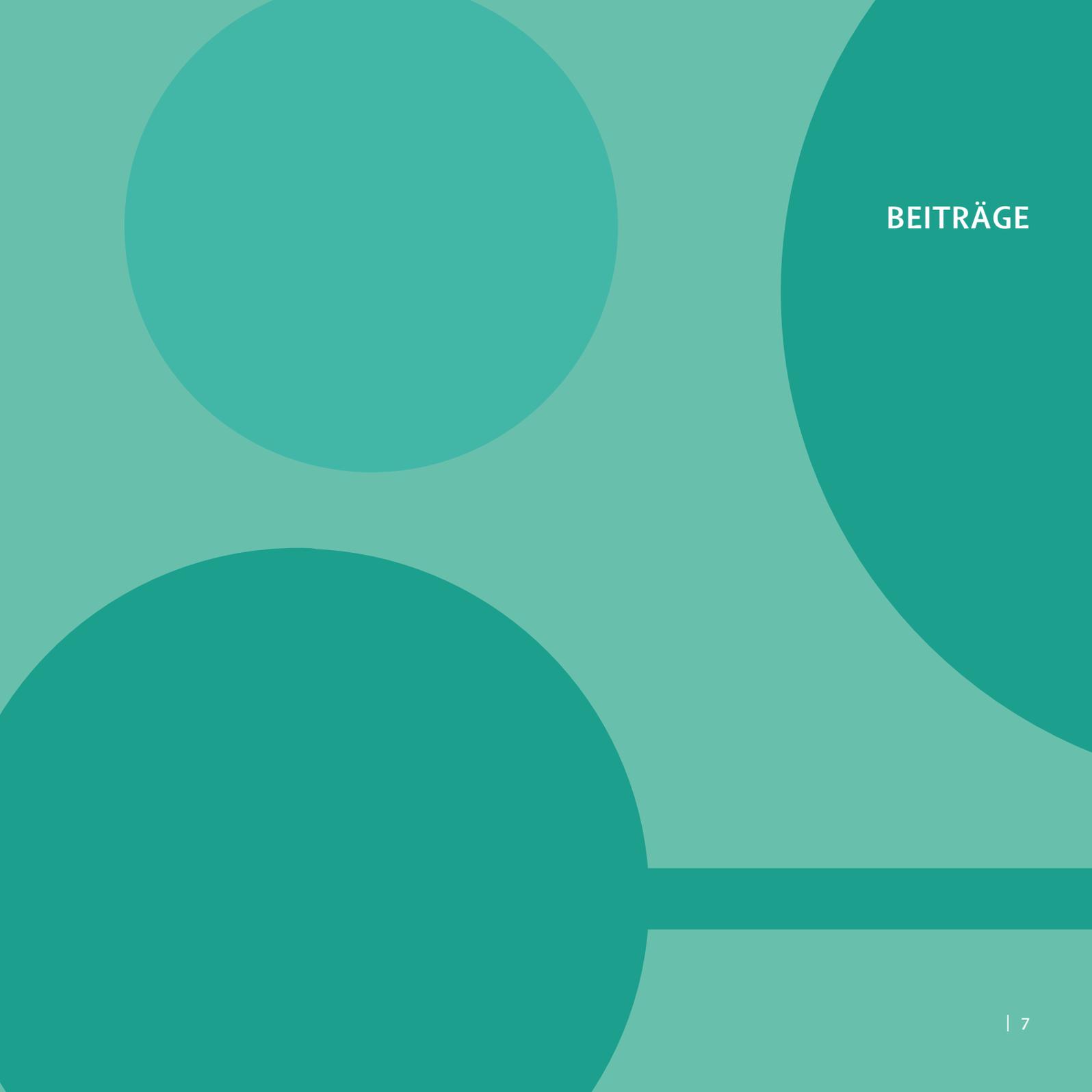
»Politische Erwachsenenbildung« – kaum je war ein Thema aktueller als heute!

Der Erwachsenenbildung kommt eine wichtige Aufgabe in der Vermittlung von Wissen zu Demokratie, Politik, politischen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen zu: Erwachsene in Österreich und Europa zu stärken, ihre Möglichkeiten der Einflussnahme und der Gestaltung zu erkennen und wahrzunehmen, mehr Zivilcourage zu zeigen und sich an politischen Vorgängen im jeweiligen Umfeld zu beteiligen. Das erfordert aber auch, sich umfassend über politische Hintergründe, Prozesse und Möglichkeiten informieren zu können.

Die Abteilung Erwachsenenbildung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sieht Politische Bildung seit vielen Jahren als Querschnittsthema, das in beinahe allen Schwerpunkten der Tätigkeit der Abteilung integriert wird. In Umsetzungsprogrammen wie Bildungsberatung, Initiative Erwachsenenbildung und anderen Angeboten, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt adressieren, ist Politische Bildung ein nicht wegzudenkender Bestandteil. Egal ob Beratungs- oder Bildungsangebot, die Nähe zum Lebensumfeld der Teilnehmenden beinhaltet die Auseinandersetzung mit konkreten politischen Themen. Dies ist eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Erwachsenenbildung. Das Programm der EPALE Konferenz 2019, das sich in der vorliegenden Publikation widerspiegelt, zeigt die umfassende Auseinandersetzung und das breite Angebot in der Erwachsenenbildung zu Politischer Bildung.



Doris Wyskitensky, MA
Abteilung Erwachsenenbildung im
Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

The background is a light teal color. It features three large, overlapping circles in a darker teal shade. One circle is in the top-left, another in the bottom-left, and a third in the top-right. A horizontal bar of the same dark teal color extends from the right edge of the bottom-left circle across the width of the page.

BEITRÄGE

EPALE und Erasmus+ Erwachsenenbildung

Aktuelle Entwicklungen

Carin Dániel Ramírez-Schiller

In der österreichischen Nationalagentur wurde in den letzten Jahren eine enge Kooperation zwischen EPALE als Plattform für die Vernetzung und das Wissensmanagement von Erwachsenenbildung in Europa und Erasmus+ als europäische Förderschiene für Erwachsenenbildung aufgebaut. Was sich in den beiden Programmen seit Anfang 2019 getan hat und wie diese Kooperation beiden Seiten nutzt, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Ständig steigende EPALE User Zahlen

Die markanteste Entwicklung im Bereich EPALE ist wohl, dass die Zahl der User/innen stark gestiegen ist. Österreich näherte sich im Juni 2019 bereits der Zahl von 800 registrierten User/innen, europaweit haben sich bereits weit mehr als 50.000 Menschen für EPALE registriert. Dies ist nicht nur sehr erfreulich, sondern auch sehr wichtig für die künftige Weiterentwicklung von EPALE. Nur das kontinuierlich steigende Interesse an EPALE schafft die Voraussetzung dafür, dass EPALE eine lebendige Plattform zum Austausch von Expertinnen und Experten in der Erwachsenenbildung bleibt.

EPALE-Features – kontinuierliche Verbesserungen

Einer der Gründe für die steigenden Nutzer/innen-Zahlen ist sicherlich darin zu suchen, dass sich die EPALE-Projektpartnersuche durch die stark gestiegene Zahl registrierter Institutionen zu einem attraktiven Tool für Erwachsenenbildungseinrichtungen entwickelt hat. Per Ende Mai 2019 waren bereits 1.764 Organisationen in EPALE registriert – wer also ein Erasmus+ Projekt im Bereich Erwachsenenbildung beantragen möchte, kann mittlerweile

sehr viele potentielle Projektpartner erreichen; bisher mehr als 1.300 Projektpartnersuchanfragen in Europa zeigen, wie gut dieses EPALE-Feature angenommen wird.

Die ersten Monate des Jahres 2019 standen auch im Zeichen intensiver Bemühungen zur Verbesserung der technischen Performance von EPALE; die nationalen EPALE-Kontaktstellen, aber auch die Nationalagenturen haben schriftliche Appelle an die Europäische Kommission gerichtet, dafür zu sorgen, dass die zuletzt häufiger auftretenden technischen Probleme der stetig wachsenden EPALE-Plattform umgehend behoben werden. Durch diese konzentrierten Bemühungen konnte erreicht werden, dass die Europäische Kommission im Frühsommer die Datenmigration auf einen neuen, leistungsstarken Server in Angriff nahm.

EPALE – das sind natürlich nicht nur Zahlen, sondern vor allem auch Themen. Die europaweiten thematischen Schwerpunkte des Jahres 2019 sind: digital adult learning, citizenship education, non-formal and informal learning, social inclusion of vulnerable groups through adult learning sowie adult learning in the workplace.

EPALE & Erasmus+ Erwachsenenbildung: gemeinsame Themen, die verbinden

Viele dieser EPALE Themen finden sich auch in Projekten im Bereich Erasmus+ Erwachsenenbildung – die gemeinsamen Themen sind zugleich auch die wichtigste Verbindung zwischen EPALE und Erasmus+ Erwachsenenbildung.

Von den gemeinsamen Themen von EPALE und Erasmus+ Erwachsenenbildung zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Erasmus+ Erwachsenenbildung: Das markanteste Ereignis der letzten Monate war die enorme Nachfrage bei der Antragsrunde 2019.

Erasmus+ Erwachsenenbildung: im Zeichen eines überwältigen Anstiegs der Antragszahlen

Die Mittel der europäischen Kommission sind seit 2018 quer über alle Bildungsbereiche, besonders aber im Erwachsenenbildungsbereich markant gestiegen. Das Erwachsenenbildungsteam in der Nationalagentur Erasmus+ hat die österreichische Erwachsenenbildungs-Community daher das ganze Jahr über intensiv und zielgruppenorientiert über die Erasmus+ Fördermöglichkeiten informiert.

Dennoch hat das überwältigende Interesse an Mobilitätsprojekten und Strategischen Partnerschaften im Bereich Erasmus+ Erwachsenenbildung bei der Antragsrunde 2019 die Erwartungen weit übertroffen: Bei den Mobilitäten ist die Anzahl der beantragten Projekte von 22 auf 34 (= 55 Prozent) gestiegen. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass einige der Anträge große Konsortiumsangebote sind, d. h. dass mehrere Institutionen unter der Leitung einer koordinierenden Einrichtung gemeinsam einen Antrag gestellt haben; die Zahl der teilnehmenden Erwachsenenbildungseinrichtungen hat sich somit gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt.

Enorme Zuwächse gab es auch im Bereich der Strategischen Partnerschaften: mit 38 Anträgen (im Vergleich zu 23 Anträgen im Jahr 2018) beträgt die Steigerungsrate 65 Prozent und ist somit die höchste aller Bildungsbereiche; auch in absoluten Zahlen ist Erasmus+ Erwachsenenbildung in Österreich – abgesehen von den School Exchange Partnerschaften – im Jahr 2019 der Bildungsbereich mit den meisten Anträgen auf Strategische Partnerschaften.

Thematische Veranstaltungen wie die EPALE-Konferenz sollen vor allem dazu dienen, Stakeholder/innen der Erwachsenenbildung eine Vernetzungsplattform zu bieten und durch die Präsentation

von spannenden und innovativen Erasmus+ Projekten noch mehr Erwachsenenbildungsinstitutionen dafür zu begeistern, die vielfältigen Möglichkeiten des Programms zu nutzen. Die EPALE-Konferenzen werden tatsächlich sehr intensiv zur Vernetzung und zum Austausch genutzt und wie sich gezeigt hat, gehen immer wieder Erasmus+ Projekte daraus hervor.

Gerade auch zum Thema Politische Erwachsenenbildung gibt es vielfältige und inspirierende Projekte – einige davon werden im Rahmen der vorliegenden Publikation vorgestellt und liefern vielleicht auch so Anregungen für künftige Projekte.

EPALE & Erasmus+ Erwachsenenbildung: Wie geht es weiter?

Bereits in weniger als eineinhalb Jahren startet das Erasmus+ Nachfolgeprogramm. Inklusion – eines der klassischen Themen der allgemeinen Erwachsenenbildung – wird ein Leitthema der neuen Programmgeneration sein. Seit die Europäische Kommission im Mai 2018 ihren Vorschlag für das Programm Erasmus 2021–2027 präsentiert hat, wissen wir auch, dass sowohl das Programm Erwachsenenbildung als auch EPALE im Programmvorschlag explizit genannt werden.

Auch wenn sich vom ersten Programmentwurf der Europäischen Kommission im Mai 2018 bis zum Start des Programms manches ändern kann (und wird), die Weiterführung von Erwachsenenbildung und EPALE war von Beginn an unumstritten, sodass man davon ausgehen kann, dass dies so bleiben wird.

In den letzten Monaten wurde bereits intensiv an der Vorbereitung der operativen Umsetzung des Programmentwurfs gearbeitet und es zeichnet sich ab, dass sowohl bei EPALE als auch bei Erasmus+ Erwachsenenbildung interessante Weiterentwicklungen geplant sind. Als Beispiele seien hier erwähnt: bei EPALE ein starker Fokus auf den Ausbau der interaktiven Features und im Bereich Erwachsenenbildung das ganz neue Element der »Mobility of Groups of Learners«.

Eine noch engere Verschränkung von EPALE und dem Bereich Erwachsenenbildung im Erasmus+ Nachfolgeprogramm ist erklärtes Ziel der Europäischen Kommission.

Last but not least: die Europäische Kommission hat für das integrierte Programm Erasmus 2021–2027 ein im Vergleich zu Erasmus+ doppelt so hohes Budget vorgeschlagen, das Europäische Parlament plädierte sogar für eine dreifache Budgeterhöhung. Auch wenn Erwachsenenbildung der von der Budgetaufteilung her kleinste Bildungsbereich des europäischen Programms bleiben wird – in absoluten Zahlen wird das Budget zur Förderung der Erwachsenenbildung in Europa jedenfalls weiter steigen.

Das Programm Erasmus 2021–2027 eröffnet jedenfalls sehr spannende Zukunftsperspektiven für EPALE und die Erwachsenenbildung in Österreich und Europa.



Carin Dániel Ramírez-Schiller



Dr. Carin Dániel Ramírez-Schiller ist seit 2007 Leiterin des Bereichs Erasmus+ Erwachsenenbildung & Querschnittsthemen sowie stellvertretende Leiterin der Nationalagentur Erasmus+ Bildung der OeAD-GmbH. Nach Promotion im Studium der Politikwissenschaften und Geschichte an der Universität Wien war sie zunächst Trainings-, dann Marketingassistentin in einem Software-Unternehmen, bevor sie 1994 begann, in der OeAD-GmbH zu arbeiten.

carin.daniel-ramirez-schiller@oead.at
www.bildung.erasmusplus.at

Erwachsenenbildung als Weg zur sozialen Inklusion

Aktive Bürgerschaft durch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Teilhabe

Natasha Kersh

Kontext: soziale Inklusion, Teilhabe und junge Erwachsene

Soziale Ausgrenzung, gesellschaftliche Loslösung und Unzufriedenheit junger Erwachsener gehören zu den dringendsten Problemen, denen sich EU-Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt stellen mussten. Es gibt eine wachsende Anzahl junger Menschen, die von den unterschiedlichen Auswirkungen der instabilen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation betroffen sind, die in Europa und seinen Nachbarländern herrscht (Kersh und Toiviainen, 2017). Bestimmte junge Erwachsene sind besonders gefährdet, ausgeschlossen und marginalisiert zu werden, beispielsweise diejenigen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten, Menschen ohne Schulabschluss, Angehörige ethnischer Minderheiten, junge Obdachlose oder junge Flüchtlinge und neu Zugewanderte. Im Erwachsenenbildungssektor innerhalb und außerhalb Europas wurde darauf reagiert, indem Programme und Strategien entwickelt wurden, die es zum Ziel haben, Flüchtlinge und neu Zugewanderte in die nationalen Arbeitsmärkte zu integrieren und ihre soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern. Die jüngste Debatte über Erwachsenenbildung, soziale Inklusion und Bürgerschaft wurde stark durch die Diskussion darüber geprägt, wie eine aktive Bürgerschaft so ausgeübt werden kann, dass soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Teilhabe gefördert werden (Jarvis, 2012; Evans 2009). Verschiedene Formen der Erwachsenenbildung werden zunehmend als Mittel erkannt, um junge Erwachsene einzubinden, ihre Perspektiven zu verbessern und ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu erleichtern. Dies unterstützt sie dabei, eine aktive Rolle als Bürger/in in ihrem jeweiligen

gesellschaftlichen Kontext zu übernehmen. Doch europäische Erwachsenenbildungssysteme erfüllen oft nicht die spezifischen Bildungsbedürfnisse unterschiedlicher gefährdeter Gruppen, darunter Menschen mit niedriger Basisbildung beziehungsweise niedrigem Grad an funktioneller Alphabetisierung (z. B. Angehörige ethnischer Minderheiten, neu zugewanderte Personen) sowie Menschen, die die Schulausbildung abgebrochen haben und sich nicht in Ausbildung oder einem Arbeitsverhältnis befinden (die sogenannten »NEETs«). Das Horizon-2020-Projekt »Erwachsenenbildung als Mittel zur aktiven partizipativen Bürgerschaft« (Adult Education as a Means to Active Participatory Citizenship, EduMAP), durchgeführt von 2016 bis 2019, zielte darauf ab, diese komplexen Probleme aufzugreifen und die Erforschung und Weiterentwicklung der gegenwärtigen und zukünftigen Auswirkungen von Erwachsenenbildung auf eine aktive partizipative Bürgerschaft innerhalb und außerhalb Europas zu fördern.

EduMAP: Erforschung von Richtlinien und Praktiken in der Erwachsenenbildung

Das Projekt »Erwachsenenbildung als Mittel zur aktiven partizipativen Bürgerschaft« (EduMAP) ist eine Forschungsinitiative (2016 bis 2019) im Rahmen von Horizon 2020, die auf Erwachsenenbildung und junge Erwachsene, welche von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, ausgerichtet ist.¹ Besondere Aufmerksamkeit gilt den bildungspolitischen Empfehlungen und Praktiken, die benötigt werden, um die aktive partizipative Bürgerschaft von in unterschiedlicher Weise benachteiligten jungen Menschen zu fördern.



Vortrag von Natasha Kersh
© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

Die Frage, die das Projekt zu beantworten versucht, lautet: Welche Richtlinien und Praktiken werden im Bereich der Erwachsenenbildung benötigt, um die Teilhabe junger Erwachsener, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, im Sinne einer aktiven partizipativen Bürgerschaft zu fördern? Daher berücksichtigt das Projekt bei der Entwicklung und Konzeption der aktiven partizipativen Bürgerschaft insbesondere die Anforderungen dieser Zielgruppe.

EduMAP² ist ein internationales Forschungskonsortium von sechs europäischen Ländern und einem Nicht-EU-Partner, das sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene Erwachsenenbildungsschwerpunkte sowie die Entwicklung politischer und bildungsbezogener Maßnahmen in der EU28 und der Türkei untersucht. Der methodische Ansatz von EduMAP basiert auf Sekundär- und empirischer Forschung, wobei spezielle Arbeitspakete das Fundament bildeten. Unsere europaweite Sekundärforschung (Kersh und Toiviainen, 2017) bildete die Grundlage für die empirische Forschung, die darauf abzielte, jene Bildungsprogramme und -dienstleistungen zu ermitteln und zu überprüfen, mit denen sich

junge, von sozialer Ausgrenzung bedrohte Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren erfolgreich in das aktive politische, gesellschaftliche und/oder wirtschaftliche Leben einbinden lassen. Das Konzept der aktiven Bürgerschaft wird in allen europäischen Ländern mit unterschiedlichen Schwerpunkten verwendet, und bis zu einem gewissen Grad spiegelt die Art und Weise, wie der Begriff verwendet wird, die politischen Prioritäten der betreffenden Länder wider. Die empirische Studie im Rahmen von EduMAP umfasst die Untersuchung von 40 Erwachsenenbildungsprogrammen in 19 EU-Ländern und einem Nicht-EU-Land. Die Feldarbeit umfasste Einzel- und Fokusgruppeninterviews mit rund 800 Teilnehmenden, darunter Bildungsfachleute, politische Entscheidungsträger/innen und junge Erwachsene. Durch empirische Forschung identifizierte und erforschte EduMAP bewährte Vorgehensweisen in Hinblick auf die Einbeziehung gefährdeter Gruppen und untersuchte die Rolle von Informations- und Kommunikationsprozessen bei der Gestaltung von Inklusion, Teilhabe und aktiver Bürgerschaft junger Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Aktive partizipative Bürgerschaft, Schutzbedürftigkeit und Einbindung

Die Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Art und Weise der Gefährdung von jungen Erwachsenen mit jeweils unterschiedlichen Arten von Benachteiligungen wie etwa Vertreibung, eingeschränkte Grundfertigkeiten, Behinderung, schwacher sozioökonomischer Hintergrund, Arbeitslosigkeit und NEET-Status in Zusammenhang stehen. Die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Europa und darüber hinaus hat zahlreiche Herausforderungen bezüglich Inklusion und aktiver sozialer Partizipation junger Menschen mit sich gebracht, besonders für diejenigen, die sich in einer schutzbedürftigen Lage befinden. Im Rahmen des Projekts wurde das Konzept der »aktiven partizipativen Bürgerschaft« definiert, um die soziale, ökonomische und politische Dimension von Partizipation einzubeziehen. Durch die Berücksichtigung der soziokulturellen, sozioökonomischen und politischen Dimensionen aktiver und partizipativer Bürgerschaft lässt sich die Partizipation junger Erwachsener in verschiedenen

sozialen Kontexten untersuchen (Kersh und Toiviainen, 2017). Das Projekt berücksichtigt die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Dimensionen einer aktiven partizipativen Bürgerschaft, darunter die Entwicklung von sozialen Kompetenzen und Sozialkapital, bürgerschaftlicher und politischer Partizipation und für Wirtschaft und Arbeitsmarkt benötigte Fähigkeiten, etwa in Zusammenhang mit Anstellung und Ausführung einer Arbeit, Zugang zu Sozialleistungen sowie ein Bewusstsein für rechtliche Aspekte. Im Rahmen des Projekts wird das Konzept der aktiven partizipativen Bürgerschaft verwendet, um die soziale Einbindung und Teilhabe junger Menschen anschaulicher zu machen, wobei

- sich die soziale (soziokulturelle) Dimension auf die Entwicklung von sozialen Kompetenzen und Sozialkapital konzentriert;
- sich die ökonomische (sozioökonomische) Dimension auf die Aspekte Beschäftigung (z. B. Entwicklung von Fähigkeiten, um einer Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer/in nachzugehen) und Zugang zu Sozialleistungen bezieht; und
- die politische (politisch-rechtliche) Dimension auf die gesellschaftliche und politische Teilhabe, Kandidatur für Ämter und Nachbarschaftsaktivitäten eingeht.

Eine solche Auslegung der aktiven Bürgerschaft schließt Diskussionen über Rechte und Pflichten nicht aus, sondern befasst sich darüber hinaus mit der Art und Weise, wie Einzelpersonen ihre Perspektiven verbessern und Entscheidungen über ihr Leben treffen. Diese Vorstellung von Teilhabe macht deutlich, wie wichtig sowohl aktives Engagement als auch Partizipation von Einzelpersonen für eine aktive Bürgerschaft sind (Toiviainen et al. 2019). (EduMAP, 2017).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

EduMAP empfiehlt, dass Strategien, Programme und Maßnahmen in Bezug auf Erwachsenenbildung den Bedürfnissen schutzbedürftiger junger Lernender Rechnung tragen und konkrete Ziele zur Förderung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Aspekte einer

aktiven Bürgerschaft festlegen. Das Projekt hat verschiedene Aspekte deutlich gemacht.

(1) Mit Ausnahme von Programmen für neu Zugewanderte und/oder Flüchtlinge sind die meisten Erwachsenenbildungskurse nicht explizit auf die Vermittlung von Kenntnissen/Fertigkeiten in Hinblick auf eine aktive Bürgerschaft ausgerichtet.

(2) Unterschiedliche Aspekte der aktiven Bürgerschaft, wie z. B. wirtschaftliche, soziale und politische Dimensionen, haben jedoch (oft implizit) Erwachsenenbildungsprogramme und -initiativen in allen in diesem Projekt berücksichtigten Ländern geprägt. Einige Programme beschäftigen sich zwar schwerpunktmäßig durchaus mit dem Thema Bürgerschaft (z. B. Programme für Zugewanderte), der Begriff »Bürgerschaft« wird jedoch oftmals nicht explizit verwendet und/oder es wird eher implizit darauf Bezug genommen.

(3) Das Projekt hat einen wesentlichen Schwachpunkt offengelegt: Aktuelle Erwachsenenbildungspolitik und die Erscheinungsformen einer aktiven Partizipation an der Gesellschaft werden oftmals vielmehr von nationalen politischen Entwicklungen und Agenden als von den Bedürfnissen schutzbedürftiger Gruppen bestimmt.

(4) Besonders im letzten Jahrzehnt wurden Entwicklungen und Richtlinien in Bezug auf Erwachsenenbildung und aktive Bürgerschaft sowohl durch die Wirtschaftskrise als auch durch die Zuwanderung in der EU28 und in der Türkei stark beeinflusst. Diese Trends resultierten in der Verbreitung von marktorientierten Ansätzen und Strategien, um Flüchtlinge und Zugewanderte über Erwachsenenbildungsprogramme zu integrieren. Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, dass es den europäischen Erwachsenenbildungssystemen oftmals nicht gelingt, den besonderen Bedürfnissen junger Erwachsener in einer schutzbedürftigen Situation gerecht zu werden. Durch gezielte Untersuchungen ging es bei dem Projekt darum, Bildungsprogramme (bewährte Verfahren) zu ermitteln und zu erforschen, mit denen sich junge Menschen wieder erfolgreich integrieren ließen, die auf ihre spezifischen Bedürfnisse eingehen und sie bei ihrer aktiven Bürgerschaft unterstützen (anstatt sich nur auf die aktuellen politischen Ziele zu konzentrieren).

Die folgenden bewährten Verfahren (Erfolgsfaktoren) wurden ermittelt:

- Relevanz und Kontextualisierung: Kontextualisierung der mit der aktiven partizipativen Bürgerschaft in Verbindung stehenden Größen in einer Art und Weise, die auf den persönlichen Hintergrund und/oder die beruflichen Ziele und Ambitionen junger Erwachsener ausgelegt ist; Geschlechterunterschiede müssen berücksichtigt werden;
- Chancen und Möglichkeiten: Schaffung von Möglichkeiten zur Ausübung einer aktiven Bürgerschaft in jedweder Hinsicht, wobei die Möglichkeiten auf die Erfahrungen und die jeweilige persönliche Situation der jungen Erwachsenen ausgelegt sein müssen;
- Flexibilität und Personalisierung statt einer pauschalen Herangehensweise für alle: Gewährleistung einer flexiblen Bereitstellung von Maßnahmen, die personalisierte Ansätze für die Entwicklung von Bildungsprogrammen ermöglicht;
- Die Rolle des pädagogischen Fachpersonals: Die so wichtige Vermittlerrolle des pädagogischen Fachpersonals muss den Beteiligten bewusster und von diesen berücksichtigt werden;
- Multikulturalismus und Toleranz: Förderung des Lernens in unterschiedlich zusammengesetzten und multikulturellen Gruppen in einem sicheren Umfeld;
- Belastbarkeit und Vertrauen: Förderung der Belastbarkeit, des Vertrauens, des Selbstbewusstseins und der Ambitionen junger Erwachsener;
- Kommunikation: Förderung der Kommunikation zwischen verschiedenen Interessengruppen;
- Erfolgreiche und unterstützende Maßnahmen, die: (1) die Schutzbedürftigkeit als komplexe und vielschichtige Problematik anerkennen und so das Risiko einer zu eng gefassten Definition senken, durch die nicht alle Bedürfnisse junger Erwachsener berücksichtigt werden; (2) politische Reaktionen vermeiden, bei denen einzelnen Personen oder Gruppen

(z. B. Flüchtlingen, in von Terroranschlägen betroffenen Ländern) »die Schuld gegeben wird«; und (3) gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Gleichstellung gewährleisten.

Auf Grundlage der Forschungsergebnisse wurden die folgenden Empfehlungen für Erwachsenenbildungsstrategien, -programme und -maßnahmen formuliert:

- Gewährleistung von starken und kohärenten nationalen und lokalen politischen Maßnahmen unter Einbeziehung von Erwachsenenbildung, die (1) die soziale Inklusion als einen mehrdimensionalen und komplexen Prozess versteht, der durch eine starke Diversitäts- und Antidiskriminierungspolitik unterstützt werden muss; und (2) die Komplexität verschiedener Arten von Gefährdung erkennt und diese als Risikosituation (z. B. Alter, Behinderung, Mangel an Grundfertigkeiten) und nicht als Kennzeichnung für bestimmte Gruppen betrachtet, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind;
- Erleichterung von Zusammenarbeit, Lernprozessen und Partnerschaften zwischen verschiedenen Sektoren und Ebenen (europäisch, national und regional);
- Erhöhte Wachsamkeit in Bezug auf Tendenzen der Intoleranz gegenüber schutzbedürftigen Menschen weltweit (das Zusammenleben lernen);
- Verbesserung des Zugangs zu Erwachsenenbildung und die Einbeziehung junger Menschen in Risikosituationen;
- Erleichterung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen allen Beteiligten im Bereich der Erwachsenenbildung, einschließlich junger Menschen, in politischen Konsultations- und Entscheidungsfindungsprozessen.

Die Rolle von Methoden und Praktiken bei der Ausarbeitung von Strategien zur Verbesserung der Inklusion, der Einbeziehung und der aktiven Bürgerschaft junger Erwachsener wurde sowohl in unserer empirischen als auch in unserer Sekundärforschung betrachtet. Durch die Betrachtung des Zusammenspiels zwischen

Politik und Praxis sollte aufgezeigt werden, inwieweit bestimmte Entwicklungen in Politik und Praxis die aktive partizipative Bürgerschaft für junge Erwachsene behindern oder aber befördern können und was aus diesen Entwicklungen gelernt werden kann. Zu den Zielsetzungen des EduMAP-Projekts gehörte auch, dass die Forschungsergebnisse und Empfehlungen genutzt werden, um den Dialog zwischen Bildungsakteur/innen und schutzbedürftigen Gruppen zu fördern. Die Forschungsergebnisse wurden in ein Intelligent Decision Support System (IDSS) eingepflegt, das politischen Entscheidungsträger/innen und anderen Stakeholder/innen bei der Entscheidungsfindung helfen soll, indem diese mühelos auf die Informationen zugreifen können, die sie zur Wahrung der Bedürfnisse schutzbedürftiger Minderheiten benötigen.



Natasha Kersh

Quellen:

EduMAP (2017). Adult Education as a Means to Active Participatory Citizenship: A Concept Note. <http://blogs.uta.fi/edumap/>

Evans, K. (2009). Learning, Work and Social Responsibility. Dordrecht: Springer.

Jarvis P. (2012). Adult Learning in the Social Context. London: Routledge.

Kersh, N. & Toiviainen, H. (Eds.). (2017). Broad Research on Adult Education in the EU: Research Report. EduMap project. Verfügbar unter <http://www.uta.fi/edu/en/transit/index/D2.1.Report.30.6.2017.pdf>

Toiviainen, H., Kersh, N. & Hyytiä, J. (2019). Understanding vulnerability and encouraging young adults to become active citizens through education: the role of adult education professionals. *Journal of Adult and Continuing Education*. doi:10.1177/1477971419826116

¹ Dieses Projekt wurde durch das europäische Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020 finanziert (EduMAP, H2020-YOUNG-2014-2015/ H2020-YOUNG-SOCIETY-2015), Fördervereinbarung Nr. 693388.

² Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: <https://blogs.uta.fi/edumap/>

Dr. Natasha Kersh ist Dozentin für Bildungswissenschaften am Institut für Bildung, Praxis und Gesellschaft (Department of Education, Practice and Society) am University College London (UCL). Ihre Forschungsinteressen und Veröffentlichungen fokussieren auf Berufsbildungs-Forschung im Vereinigten Königreich und in internationalen Kontexten sowie auf vergleichende Bildungsforschung, lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung.

n.kersh@ucl.ac.uk
www.ucl.ac.uk

Demokratie-MOOC

Demokratiepolitische Bildung für Erwachsene

Christin Reisenhofer
Gerhard Bisovsky

Politische und bürgerschaftliche Bildung ist eines der Kernanliegen in der Bildung. Sie ist allerdings auch nicht einfach umsetzbar. Politische Bildung ist vielfach ideologisch behaftet, oft wird sie nur mit Parteipolitik gleichgesetzt und zugleich hören wir, dass sich die Menschen zunehmend weniger für Politik interessieren. Aber: »Politik geht uns alle etwas an«, auf diese Aussage trifft man immer wieder im Rahmen von Veranstaltungen, Workshops und Konferenzen, die auf das Themenfeld der Politischen Bildung fokussieren. Engagierte Menschen führen bemerkenswerte Beiträge zur Politischen Bildung in Österreich durch.

Wirft man jedoch einen Blick auf aktuelle Studien, wie die Europäische Wertestudie¹, fällt auf, dass das Themenfeld der Politik eine relativ geringe Bedeutung für die Bürger/innen einnimmt. Die Einstellung, Politik wäre kein zentrales Lebensfeld, zeigt sich dabei konstant über die Jahre 1990–2018. So bekunden nur 20 Prozent der befragten Personen im Jahr 2018 ein starkes Interesse an der Politik, während 80 Prozent überhaupt kein bis etwas Interesse zeigen.

Auch die Legitimität der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie wird hinterfragt (2018 wünschen sich 16 Prozent der Befragten der Europäischen Wertestudie einen starken Führer)², rechtspopulistische Parteien erleben einen Aufschwung innerhalb Europas und Forscher/innen warnen vor einer wachsenden Frustration junger Menschen in Bezug auf unser politisches System.³

Vor diesen Ausführungen ist der Bedarf an Politischer Bildung als besonders bedeutsam einzuschätzen. Unsere Demokratie ist auf

die Beteiligung von mündigen Bürger/innen angewiesen, die öffentliche Belange verantwortungsvoll gestalten. So kommt der Zivilgesellschaft die Funktion zu, gegen staatliche Willkür zu schützen sowie staatliche Machtausübung zu kontrollieren. Sie dient dem Staat, indem sie Sozialaufgaben erfüllt und es auch benachteiligten Gruppen ermöglicht, ihre Interessen zu vertreten.

Die demokratischen Denk- und Handlungsweisen der Bürger/innen sind vor diesem Hintergrund ausschlaggebend dafür, wie diese ihre Partizipationsmöglichkeiten einschätzen. Dazu zählen die Fähigkeiten, sich in unserer Demokratie aktiv zu beteiligen sowie eigene Anliegen vertreten zu können.

In der Bildung legen wir großen Wert darauf, die Menschen zu unterstützen und zu ermächtigen, ihre Rechte wahrzunehmen und an der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen mitzuwirken. Denn wie wir die Gegenwart und die Zukunft haben wollen, das hängt von uns selbst ab. Gleichzeitig gibt es viele Möglichkeiten der Mitgestaltung. Auffällig ist allerdings, dass es überwiegend Menschen mit höherer Ausbildung sind, die diese in Anspruch nehmen.

Politischer Bildung kommt vor diesem Hintergrund eine bedeutende Rolle zu. Sie kann zwischen dem Bereich des Privaten, der eigenen Lebenswelt der Bürger/innen, und dem Bereich der Politik und der politischen Themen, der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit, vermitteln. Politische Bildung bietet die Basis für die Entwicklung eines politischen Urteilens und Handelns und für das Erfassen und Verstehen politischer Prozesse. Politische Bildung



Präsentation von Christin Reisenhofer und Gerhard Bisovsky auf der EPAL-Konferenz 2019

© OeAD-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Denk- und Handlungsweisen der Bürger/innen im Sinne eines partizipativen Demokratieverständnisses zu fördern.

Das Projekt »Demokratie-MOOC« möchte als Basiskurs zur Politischen Bildung Qualifikationsbedarfe in der Erwachsenenbildung und in anderen Bildungsbereichen ein Stück weit decken.

Warum ein MOOC?

Ein MOOC (Massive Open Online Course) ist ein Onlinekurs ohne Zugangsbeschränkungen. Neben unterschiedlichen Onlineplattformen und Informationsportalen bieten MOOCs die Möglichkeit, Wissen und Kompetenzen möglichst barrierefrei zu erwerben.

Durch die fehlenden Zugangs- und Teilnahmebeschränkungen kann durch den MOOC eine heterogene Zielgruppe erreicht werden, da die Fortbildung webbasiert ist.

Gerade angesichts der Geografie Österreichs hat sich der MOOC als richtig erwiesen, denn er ermöglicht zeit- und ortsunabhängige Bildung. In nächster Zukunft werden wir allerdings begleitend zum MOOC Präsenzveranstaltungen durchführen, in denen erarbeitet wird, wie einzelne Themen des Demokratie-MOOCs im Unterricht umgesetzt werden können. Ende Oktober wird dazu am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung eine zweitägige Veranstaltung stattfinden: www.bifeb.at

Das gesamte Material zum Qualifikationserwerb wird online zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmenden können selbstgesteuert und im eigenen Tempo lernen. Auch das Reflektieren kontroverser Fragen sowie die Fortschrittsüberprüfung finden online statt. Der MOOC ist zudem fachwissenschaftlich und didaktisch aufbereitet, wodurch eine Strukturierung der Wissensinhalte erfolgt.

Ziele des DeMOOCs

Durch die Absolvierung des MOOCs soll nicht nur Wissen um politische Themenfelder erworben werden, sondern auch demokratische sowie zivilgesellschaftliche Handlungsweisen, Werte, Fähigkeiten und Haltungen sollen gefördert werden.

Das Konzept, auf dem der MOOC aufgebaut wurde, setzt sich aus der Förderung von Engagement, Partizipation und der Gestaltung von Vielfalt zusammen. Um diese Prinzipien im MOOC zu vertreten, beruht dieser auf folgenden didaktischen Prinzipien:

Didaktische Prinzipien

- **Lebensweltbezug:** Bezüge zur Lebenswelt der Teilnehmenden werden vollzogen, indem das erworbene Wissen in Arbeitsaufgaben und vertiefende Informationen, die konkrete und aktuelle gesellschaftliche Problemfelder aufgreifen, eingebunden wird.
- **Problemorientierung:** Die Teilnehmenden werden mit Problemstellungen konfrontiert, die sie dazu anregen, Wissensinhalte selbst zu entdecken.
- **Multiperspektivität:** Nicht die Vermittlung einer »unabhängigen« Wahrheit, sondern die Befähigung zum eigenständigen kritischen Denken steht im Vordergrund. Hierfür werden jeweils mehrere relevante Perspektiven zur Wissensvermittlung eingesetzt.
- **Umsetzung des Wissens in der Praxis:** Didaktische Umsetzungsmöglichkeiten der Wissensinhalte werden als mögliche Beispiele und Orientierungshilfen zur Implementierung in die eigene Praxis zur Verfügung gestellt.

→ **Lerner/innen-Orientierung:** Das subjektive Wissen, die subjektiven Verarbeitungsprozesse und das subjektive Vorwissen der Teilnehmenden werden als zentrale Bezugspunkte der Wissenserarbeitung in Form von Reflexionsmöglichkeiten berücksichtigt.

Der MOOC ermöglicht ein Höchstmaß an Flexibilität: Es müssen nicht alle Module absolviert werden, sie müssen auch nicht in einer bestimmten Reihenfolge bearbeitet werden. Jedes Modul steht für sich allein, sodass die Teilnehmenden jene Module und auch Lektionen wählen können, die sie benötigen.

Zielgruppen

In erster Linie stellen Personen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind, die Hauptzielgruppe des MOOCs dar. Jedoch wird der MOOC auch im weitesten Sinne als ein Curriculum für die demokratiepolitische Bildung betrachtet. So kann der MOOC auch der Weiterbildung aller interessierten Personen, Multiplikator/innen, Kursersteller/innen, Lehrer/innen oder (Sozial-)Pädagog/innen dienen.

Anknüpfungspunkte

Die Inhalte des MOOC beziehen sich auf die Europäischen Schlüsselkompetenzen für das lebensbegleitende Lernen und hier insbesondere auf die Bürgerkompetenz.

Überblick über die Module

Der MOOC gliedert sich in zehn Module, die jeweils in sich abgeschlossen sind, jedoch inhaltliche und methodische Anknüpfungspunkte zueinander bieten. Jedes Modul beinhaltet wiederum Lektionen, die die vielfältigen inhaltlichen Ausrichtungen eines Themas repräsentieren. Insgesamt entsteht so ein Basis-Programm zur Politischen Bildung.

Folgend wird eine Übersicht der zehn Module dargestellt.

MOOC Teil 1 (Module 1–3)

<https://imoox.at/mooc/course/view.php?id=53>

1

Politik und Demokratie

Jede/r ist von Politik betroffen und kann politisch mitwirken

Politik und Demokratie als konkrete Bezugfelder unterschiedlicher Lebensbereiche

2

Handlungsmöglichkeiten im politischen System Österreichs

Kenne die eigenen Möglichkeiten zur Durchsetzung eigener Interessen

Das politische System Österreichs und die Rolle der Bürger/innen

3

Demokratie und Medien

Medien und Demokratien haben ein vielfältiges Verhältnis

Rolle der Medien in verschiedenen politischen Systemen

MOOC Teil 2 (Module 4–6)

<https://imoox.at/mooc/course/view.php?id=69>

4

Geschichte der Demokratie

Die Geschichte der Demokratie ist von Brüchen durchsetzt

Grundlagen einer Geschichte der (modernen) Demokratie

5

Migration, Integration und Identitäten

Identitäten beeinflussen unsere Position im politischen System

Historische und aktuelle Gründe für Wanderung

6

Demokratie in Europa und weltweit

Handlungsspielräume auf europäischer Ebene wahrnehmen

Funktionsweise, Geschichte und Prozesse der Europäischen Union

7	8	9	10
Grundrechte und Rechtsstaat	Demokratie und Wirtschaft	Freiheit und Sicherheit	Staat, Ideologien und Religionen
<i>Wissen über Grund- und Menschenrechte auf persönliche Situationen anwenden können</i>	<i>Verschiedene Wirtschaftssysteme differenzieren</i>	<i>Verhältnis zwischen Individuum und Staat reflektieren</i>	<i>Verschiedene Konzepte von Religion und Ideologien kennen lernen</i>
Bedeutung dieser Rechte für das demokratische System	Einfluss von Wirtschaft auf Politik erkennen & vice versa	Bedeutungen und Dimensionen von Freiheit und Sicherheit	Funktionen von Ideologien und Religionen für die Gesellschaft

Links

Startseite MOOC: www.imoox.at/mooc/go/demooc

MOOC Teil 1 (Module 1–3): <https://imoox.at/mooc/course/view.php?id=53>

MOOC Teil 2 (Module 4–6): <https://imoox.at/mooc/course/view.php?id=69>

MOOC Teil 3 (Module 7–10): <https://imoox.at/mooc/course/view.php?id=70>

¹ <https://www.werteforschung.at/projekte/europaeische-wertestudie/>

² https://www.werteforschung.at/fileadmin/user_upload/p_inter_werteforschung/EVS_Politik_sozialer_Zusammenhalt.pdf

³ <https://www.journalofdemocracy.org/wp-content/uploads/2016/07/Foamounk-27-3.pdf>



Der Demokratie-MOOC ist ein Projekt des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, das mit dem Demokratiezentrum Wien umgesetzt wird und aus Mitteln des Bundeskanzleramtes, des Zukunftsfonds der Republik Österreich, der Kammer für Arbeiter und Angestellte und des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung gefördert wird. Der Demokratie-MOOC wird kostenfrei über die Plattform iMOOX angeboten.



Christin Reisenhofer

Christin Reisenhofer, BA ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Wien. Zu ihren Aufgaben gehören die Konzeption und Durchführung von Workshops zur Politischen Bildung sowie die inhaltliche Erstellung, Gestaltung und Betreuung des DeMOOCs. Sie studiert Bildungswissenschaft (Masterstudium) und Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung sowie Deutsch im Rahmen des Diplom-Lehramtsstudiums. An der Universität Wien war sie Studienassistentin im Arbeitsbereich der Psychoanalytischen Pädagogik, als Tutorin für verschiedenste Lehrveranstaltungen sowie als didaktische Schreibmentorin tätig. An der Donau Universität Krems ist sie als externe Lehrbeauftragte im Rahmen des Master-Universitätslehrgangs eEducation für die Betreuung des Moduls Medienpädagogik und -didaktik mitverantwortlich.

reisenhofer@demokratiezentrum.org
www.demokratiezentrum.org



Gerhard Bisovsky

Dr. Gerhard Bisovsky ist Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (VÖV). Er hat Politikwissenschaft studiert und über staatliche Erwachsenenbildungspolitik dissertiert. Bisovsky verfügt über eine langjährige praktische Erfahrung in der Erwachsenenbildung, hat über Erwachsenenbildung an Universitäten gelehrt, zahlreiche Fachbeiträge verfasst und ist in der Weiterbildung von Erwachsenenbildner/-innen tätig. Von 1996 bis 2012 hat er die Wiener Volkshochschule Meidling geleitet und dort, neben anderem, auch das digital gestützte Lernen aufgebaut. Von 2008 bis 2012 hat er das Netzwerkprojekt »Bildungsberatung in Wien« geleitet. Er hat mehrjährige Erfahrung in und mit europäischen Bildungsprojekten und war von 2012 bis 2017 Vorstandsmitglied im Europäischen Verband für Erwachsenenbildung (EAEA). Seit 2012 ist er Chefredakteur des Magazins »Die Österreichische Volkshochschule« (<http://magazin.vhs.or.at>) und Leiter des Büro »Medienpreise«, das den Radiopreis und den Fernsehpreis der Erwachsenenbildung vergibt sowie die Wissenschaftspreise des VÖV.

gerhard.bisovsky@vhs.or.at
www.vhs.or.at

Politische Erwachsenenbildung in Österreich

Historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen

Sonja Luksik
Hakan Gürses

Die Geschichte der politischen Bildung in Österreich ist geprägt von fehlender Anerkennung, geringen finanziellen Mitteln und mangelhafter Institutionalisierung. Zu Beginn der Zweiten Republik trug der Status Österreichs als »erstes Opfer des Nationalsozialismus« maßgeblich dazu bei, dass »Re-Education«-Maßnahmen der Alliierten, die allmählich zur Politischen Bildung als flächendeckendes Fach in und außerhalb der Schule führten, auf Deutschland beschränkt blieben. Der sogenannte Opfermythos förderte nach 1945 das Verständnis von politischer Bildung als traditionelle Heimat- und Staatsbürgerkunde.

In den 1970er-Jahren, somit in Zeiten des gesellschaftlichen Transformationsprozesses hierzulande, erhielt Politische Bildung einen neuen Stellenwert und wurde zum Gegenstand (partei-)politischer Debatten. Im Kontext von zunehmenden Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen erblickte die Politik darin zwar ein wichtiges Instrument für die Demokratisierung der Gesellschaft; Politische Bildung rückte als solches jedoch nicht in den Fokus öffentlicher Debatten.

Institutionalisierung und Diversifizierung

1977 wurde im burgenländischen Mattersburg schließlich die bis dato einzige staatlich initiierte Fachorganisation für politische Bildung in Österreich gegründet: die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB). Sie stellte sich 1991 neu auf und wechselte ihren Sitz nach Wien.

Heute gliedert sich die Arbeit der ÖGPB in zwei Geschäftsbereiche: »Projektförderung« und »Bildungsangebote und Projektberatung«. Die Tätigkeiten der ÖGPB umfassen somit einerseits

Projektmittelvergabe für politische Bildungs-Veranstaltungen in den Mitgliedsbundesländern, andererseits Planung, Konzeption und Durchführung von Weiterbildungsangeboten (Workshops, Trainings, Tagungen, Vorträge etc.) bundesweit in Kooperation mit Erwachsenenbildungs-Einrichtungen.

In den 1990er-Jahren entstanden auch Initiativen zur Professionalisierung der Erwachsenenbildung. Im selben Jahrzehnt kamen zudem vermehrt Initiativen der politischen Bildung in Vereinen und Selbstorganisationen (z. B. maiz – Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen oder Frauenhetz – feministische Bildung, Kultur und Politik) auf, was zu einer Diversifizierung der politischen Erwachsenenbildung in Österreich beigetragen hat. In weiterer Folge wurde versucht, schulische politische Bildung zu stärken (z. B. durch die Einrichtung einer »Schulservicestelle für Unterrichtsprojekte zur Politischen Bildung und Zeitgeschichte«, heute Zentrum polis).

Fehlende Anerkennung und Förderung

Zwei zentrale Herausforderungen für die Politische Erwachsenenbildung in Österreich sind die fehlende öffentliche Anerkennung und die mangelnde finanzielle Förderung.

Nur ca. zehn Millionen Euro werden für die jährliche Förderung der Erwachsenenbildung (inklusive Budget für Büchereiwesen) durch öffentliche Hand bereitgestellt, ein Bruchteil davon fließt in die Politische Erwachsenenbildung. Beispielsweise beträgt die jährliche Gesamtausschüttungssumme der ÖGPB für die Projektförderung etwas mehr als 300.000 Euro; auf Subventionen für Parteiakademien entfallen hingegen über zehn Millionen jährlich.



Sonja Luksik und Hakan Gürses diskutieren aktuelle Herausforderungen der politischen Erwachsenenbildung in Österreich

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

Was »darf« Politische Bildung?

Zu diesen österreichspezifischen Problemen kommen weitere Herausforderungen hinzu, die eher inhaltlicher Natur sind. Eine aktuelle Debatte in der Politischen Bildung stellt, wiewohl eher in Deutschland als hierzulande geführt, jene um den Beutelsbacher Konsens dar. 1976 als »Minimalkonsens« von Fachdidaktiker/innen auf einer Tagung im schwäbischen Beutelsbach beschlossen, gelten die drei Prinzipien dieses Leitbildes – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Teilnehmer/innenorientierung – heute als Richtlinien für die Praxis der Politischen Bildung im deutschsprachigen Raum.

In aktuellen Fachdebatten gerät der Konsens jedoch zunehmend in die Kritik. Vor allem die Auslegung des Überwältigungsverbots wird derzeit heftig diskutiert. Viele Lehrende interpretieren diesen Grundsatz als »Neutralitätsgebot« und glauben, sie müssten auf

Äußerungen eigener politischer Meinungen und Standpunkte verzichten. Folgerichtig berief sich sogar die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) in ihrer Aktion »Neutrale Schulen Hamburg« u. a. auf diese (Fehl-)Interpretation des Überwältigungsverbots und verlangte ein Ende des »AfD-Bashings« in den Schulen. Es bleibt die Frage, ob politische Bildner/innen stärker Position beziehen sollen und ob der Beutelsbacher Konsens ihre Handlungsfähigkeit in der Lehrpraxis einschränkt.

Globaler Blick

Globale politische Entwicklungen bringen auch neue Herausforderungen für politische Bildner/innen mit sich. Aktuell lässt sich eine weltweite »autoritäre Wende« beobachten. In Ungarn und Russland unterliegen Medien und NGOs staatlichen Kontrollen, in Ägypten und der Türkei werden Regierungskritiker/innen verfolgt, in »westlichen« Demokratien wird die Forderung nach einer



Bei einer soziometrischen Aufstellung positionieren sich die Teilnehmer/innen zu Konzeptionen der politischen Bildung

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

Stärkung der Exekutive und der nicht gewählten Expert/innen-Regierungen lauter. In Zeiten einer solchen Tendenz zum Autoritarismus und zur Abschaffung rechtsstaatlicher Strukturen ist die Darstellung politischer Systeme durch eine Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur unzureichend. Eine Herausforderung für Politische Bildung ist es, Zwischenformen wie die »illiberale Demokratie« verständlich zu machen.

In der Politischen Bildung kann zudem eine »Demokratie-Verklärung« konstatiert und kritisiert werden. Die Überhöhung der Demokratie als Wertekatalog, als Lebensweise, als höhere Form des menschlichen Zusammenlebens etc. ist problematisch und führt auch zu Enttäuschung von Erwartungen bzw. zu Verdrossenheit. Es ist wichtig, Demokratie bei all ihren Vorteilen als Herrschaftsform zu sehen, die von Anfang an auch hierarchische Elemente enthält.

Durch die Definition von Demokratie als Norm und Ziel der politischen Bildung ergibt sich außerdem eine »nationalstaatliche Formel«, die Demokratie mit Nationalstaat gleichsetzt. Eine weitere Herausforderung für politische Bildner/innen stellt daher die Überwindung des nationalstaatlichen Tellerrandes und die Erweiterung der eigenen Methoden und Inhalte um eine globale Perspektive dar.



Sonja Luksik

Sonja Luksik, MA: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien und der Centr  Européen Universitaire (CEU) in Nancy, Frankreich. Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Trainerin bei der  sterreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

luksik@politischebildung.at
www.politischebildung.at



Hakan Gurses

Dr. Hakan Gurses: Studium der Philosophie in Wien. Wissenschaftlicher Leiter der  sterreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

gurses@politischebildung.at
www.politischebildung.at

Literatur:

Rahel Baumgartner & Hakan Gurses (Hrsg.) (2015): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Wissenschaft

Hakan Gurses (2016): M hen der Ebene im Land der Berge. In: Klaus-Peter Hufer / Dirk Lange (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Hans Knaller (Hrsg.) (1998): Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung. Innsbruck/Wien: Studien Verlag



Trauma und Lernen

Barbara Kuss
Mats Mikiver

Migrantinnen und Migranten, die sich entschieden haben, ihr Heimatland freiwillig zu verlassen oder es verlassen mussten, werden mit einer Änderung ihres gesellschaftlichen Bezugssystems konfrontiert. Das Bezugssystem hilft Menschen innerhalb eines Sozialsystems, die Welt auf einen überschaubaren Bereich zu reduzieren, in dem sie sich zurechtfinden und mit ihrem Umfeld interagieren können. Somit finden sie sich auf unbekanntem Terrain wieder, in einer verwirrenden Welt, in der sich alle bekannten Verhaltensregeln, gesellschaftlichen Rollenbilder, Strukturen und Bedingungen geändert haben (Han 2009, 205–209). Die Auswirkungen sind besonders schwerwiegend, wenn Migration aufgrund von Flucht vor Krieg und Verfolgung stattfand. Diese Migration beginnt oftmals unerwartet, ohne der Möglichkeit, sich darauf vorzubereiten. Oft sind Familienmitglieder oder Freundinnen oder Freunde verschwunden, verstorben oder wurden getötet und die Personen auf der Flucht sind in großer Gefahr und enormer Furcht und Not.

Während der Eingewöhnungsphase besuchen sie oft Integrationskurse, um die Sprache ihres Gastlandes oder nationale und regionale Werte und kulturelle Gewohnheiten kennenzulernen. Trainer/-innen, die diese Integrationskurse anbieten und Betreuer/-innen, die andere Integrationsangebote bereitstellen, treffen auf zahlreiche Teilnehmende mit Lernhemmungen. In vielen Fällen ist dies eine Auswirkung eines traumatischen Ereignisses.

Trauma

Ein Trauma ist ein plötzliches, intensives und schmerzhaftes Ereignis, das die psychischen Verarbeitungsmöglichkeiten eines Menschen überfordert, weil es die Psyche gleichsam überflutet. Dies kann durch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder

Erdbeben geschehen, nach einer Tragödie wie einem Unfall oder einem Feuer und kann auch durch »menschengemachte Katastrophen« auftreten (UNHCR 2018; Schwarz 2009).

Laut Schouler-Ocak et al. (2010, zitiert durch Özkan/Hüther 2012) waren 17 Prozent der Patienten und Patientinnen in psychiatrischer und psychotherapeutischer Behandlung Menschen mit Migrationshintergrund, deren Erkrankungen durch Traumata verursacht worden waren. Traumata können die Entwicklung einer posttraumatischen Belastungsstörung auslösen und/oder teilweise zur Entwicklung anderer psychischer Krankheiten führen (Özkan/Hüther 2012). Menschengemachte Katastrophen wie Misshandlungen, sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Krieg oder Folter können besonders erhebliche Traumatisierungen verursachen, deren Behandlung besonders komplex und schwierig ist (UNHCR 2018; Schwarz 2009). Der Grund ist, dass Menschen in diesem Fall andere Personen absichtlich auf schlimmste und destruktivste Art und Weise körperlich und emotional schädigen. Die Gesundheit der Betroffenen ist in vielerlei Hinsicht langfristig beeinträchtigt. Einige sind von körperlichen Missbildungen und Behinderungen gezeichnet, während andere unter Flashbacks leiden, wodurch die Betroffenen die traumatisierenden Situationen immer wieder durchleben. Bei einigen Personen ist die Konzentrationsfähigkeit erheblich eingeschränkt, sowie ihre Fähigkeit Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Oft ist die Arbeitsfähigkeit vermindert, ebenso können soziale Kompetenzen stark betroffen sein, was zu sozialem Rückzug und kompletter Isolation führen kann. Der Genesungsprozess ist zusätzlich erschwert, wenn Flüchtlinge vom Staat verfolgt wurden und deren Vertrauen in Institutionen gering ist (Braun et al. 2009).



Barbara Kuss und Mats Mikiver im Workshop »Trauma und Lernen«

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hormandinger

Außerdem erleben Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge oft erheblichen akkulturativen Stress, was Auswirkungen auf ihre Lernfähigkeit haben kann. Der Spracherwerb, die Wohnungssuche, das Kennenlernen von neuen Sozialsystemen und -strukturen wie dem Gesundheitswesen, dem Bildungswesen und anderen unterstützenden Maßnahmen fordern ihre volle Aufmerksamkeit. Darüber hinaus stehen sie vor weiteren Herausforderungen, wie zum Beispiel dem Umgang mit Werten, die sich von ihren eigenen erheblich unterscheiden.

Das INTED-Projekt und Beispiele für den Umgang mit Unsicherheiten bei der Interaktion mit traumatisierten Menschen

Das Ziel des Projekts INTED (Integration through Education and Information) bestand darin, die Eingliederung von Flüchtlingen und neu Zugewanderten zu verbessern. Gefördert durch das Erasmus+ Programm als »Wissensaustausch«-Projekt, tauschten sich fünf Länder (Österreich, Kroatien, Deutschland, Italien und

Schweden) über ihre Ansätze und Aktivitäten in diesem Bereich aus. Einer der Projektpartner, das »Rehabilitationszentrum für Stress und Trauma« (Rehabilitation Centre for Stress and Trauma, RCT) in Kroatien, konzentriert sich besonders stark auf Traumata und hat den »ergebnisorientierten Ansatz bei Traumata« eingeführt. Das RCT hielt einen Workshop, der sich mit folgenden Fragen beschäftigte: Wie sollte ich in meinem Tätigkeitsbereich (z. B. als Trainer/-in) am besten mit einer traumatisierten Person angesichts meines mangelnden professionellen Hintergrunds im Umgang mit traumatisierten Personen umgehen? Es ist nicht ungewöhnlich, beim Treffen oder Arbeiten mit einer traumatisierten Person unsicher zu sein, wie man sich verhalten soll. Trainer/innen und Betreuer/innen beschäftigen sich oft mit Fragen wie »Worüber kann ich mit einer traumatisierten Person sprechen, außer darüber, was wir gerade tun (z. B. im Falle eines Sprachkurses)?« »Sollte ich nach dem traumatischen Ereignis fragen?« »Sollte ich nach den Empfindungen der Person fragen?« und anderen Gedanken, die aufkommen könnten.

Der ergebnisorientierte Ansatz bei Traumata

Der »ergebnisorientierte Ansatz bei Traumata« kann in diesem Fall nützlich sein. Der Hauptgedanke ist, sich auf die Zukunft zu konzentrieren, darauf, was möglich ist und was gut für die traumatisierte Person funktioniert. Die Ursachen des Problems stehen nicht zwangsläufig im Fokus dieser Methode. Die Fragen sind folgende: Wann fühlt sich die Person besser? Was macht sie, damit sie sich besser fühlt? Kann die Person mehr davon tun oder eine andere Aktivität wählen, die ihr dabei hilft, sich besser zu fühlen? Es geht darum, die Häufigkeit, in der die Person an das Trauma denkt, zu reduzieren und diese problematischen Gedanken durch positive Gedanken, Wörter und Handlungen zu ersetzen.

Eine positive Interaktion ist natürlich wichtig. Der erste Schritt ist schon getan, wenn man einfach warmherzig auf andere zugeht. Eines der Prinzipien besteht darin, dass bereits kleine Fortschritte hinsichtlich der geistigen Verfassung der Person zu wesentlichen Veränderungen in deren Alltag führen können. Die Methode kann sowohl für Gruppen als auch für Einzelpersonen verwendet werden, aber es ist wichtig, sich darüber bewusst zu sein, dass jeder anders auf die gleiche Situation reagieren kann. Wie stark eine Person von einem traumatischen Erlebnis geprägt wird, hängt von verschiedenen Einflussfaktoren ab, wie Persönlichkeit, Alter, Expositionsgrad, Unterstützung durch die Familie und deren sozialer Situation.

Lernen in der Familie

Wenn die traumatisierte Person ein Elternteil ist, kann »Lernen in der Familie« (family learning, FL) eine sinnvolle Methode sein, mit dem Ziel, etwas Positives und Zukunftsorientiertes zu tun. FL ist für alle Eltern hilfreich und hervorragend für neu Zugewanderte geeignet. Beim FL führen Eltern und Kinder mit dem Fokus auf positive Lernerfahrungen gemeinsam in fünf bis zehn Gruppensitzungen Aktivitäten aus. Dazu gehören Lese- und Rechenübungen als natürlicher Bestandteil jeder Sitzung. FL ermöglicht es Erwachsenen und Kindern, zusammen zu lernen.

Das Hauptanliegen von FL ist, die wichtige Rolle zu betonen, die Eltern bei der intellektuellen und emotionalen Entwicklung ihres Kindes spielen. Eltern sind ebenfalls die ersten Lehrkräfte, denen ein Kind begegnet und ihr Zuhause ist ein Lernumfeld. Für neu Zugewanderte ist FL eine nützliche Methode, Sprachkenntnisse zu entwickeln, sowohl für Eltern als auch für Kinder. Sie können generell dieselben Übungen machen, da sie normalerweise dasselbe Sprachniveau wie neu angekommene Zugewanderte haben. Die Übungen sollten aus einem theoretischen und einem praktischen Teil bestehen und die Kenntnisse sollten auf unterhaltsame und ungezwungene Weise, z. B. durch Spielen, erlernt werden.

Ein FL-Kurs sollte seinen Fokus auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden richten. Sind es Sprachkenntnisse, Informationen über den Kindergarten und Schule, Auskünfte über gesunde Ernährung, Informationen über öffentliche Dienstleistungen oder etwas anderes, das notwendig ist? Die Betreuer/innen berücksichtigen dies bei der Erstellung des Lehrplans zusammen mit den Teilnehmenden.

FL ist eine globale Methode. Sie wurde entwickelt, um Familien in benachteiligten Gebieten oder Menschen mit wenig oder keiner Bildung zu unterstützen. Für einige Erwachsene ist FL der erste Schritt in Richtung Bildung, mit dem Ziel, einen lebenslangen Lernprozess zu beginnen.

Es gibt starke Anzeichen für eine Übertragung generationsübergreifender Benachteiligungen von Eltern mit schwachen Lese-, Sprach- und Rechenfertigkeiten auf ihre Kinder. Lernen innerhalb der Familie kann eine Schlüsselrolle spielen, diesen Prozess zu stoppen.



Barbara Kuss

Barbara Kuss, MMag.: Pädagogin, Projektmanagerin. Sie beschäftigt sich mit Migration, Gesundheit und Bildung. Sie arbeitet bei »OMEGA – Transkulturelles Zentrum für psychische und physische Gesundheit und Integration«, Graz, Österreich.

b.kuss@omega-graz.at
www.omega-graz.at



Mats Mikiver

Mats Mikiver: Projektmanager in der Stadtverwaltung Linköping, Bildungsministerium, Schweden. Seine Hauptaufgabe liegt in der Organisation verschiedener Erziehungshilfen mit dem Fokus auf Migrantenfamilien.

mats.mikiver@linkoping.se
www.linkoping.se

Bibliografie:

Braun, Brigitte Ambühl, Refgula Bienlein, Annelis Jordi und Hasim Sancar (2009): Gesundheitskompetenz in der Behandlung kriegs- und foltertraumatisierter Menschen In: Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK), publ.: Gesundheitskompetenz: Zwischen Anspruch und Umsetzung (Gesundheit und Integration – Beiträge aus Theorie und Praxis); p. 200–220

Han, Petrus (2009): Soziologie der Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Özkan, Ibrahim und Gerald Hüther, 2012: Migration: Traum oder Trauma? In: Özkan, Ibrahim, Ulrich Sachsse und Annette Streeck: Zeit heilt nicht alle Wunden: Kompendium zur Psychotraumatologie. 175f.; Fischer

Online-Quellen:

Schwarz, Gisela: Trauma und Lernstörung: http://www.gisela-schwarz.at/data/Trauma_und_Lernstoerung.pdf [22.5.2019]

Winklhofer, Claudia: Flucht und Trauma im pädagogischen Kontext: https://www.phsalzburg.at/uploads/media/Flucht_und_Trauma_im_paedagogischen_Kontext.pdf [22.5.2019]

UNHCR: Flucht und Trauma im Kontext Schule – <https://www.unhcr.org/dach/at/services/publikationen/bildungs-und-trainingsmaterial/flucht-und-trauma-im-kontext-schule> [22.5.2019]

Ergebnisorientierter Ansatz: <http://www.nwbttc.com> [22.5.2019]

Lernen im Familienkreis: <https://uil.unesco.org/case-study/effective-practices-database-litbase-0/family-learning-learning-together-sweden> [22.5.2019]

Speaking Out Loud

Selbstbestimmtes Denken und Handeln durch Community-Medien

Natalie Konyalian
Petra Pint

In einer Zeit, in der sowohl die Rechte von Frauen als auch von Migrant/innen immer mehr beschränkt werden und deren Ungleichbehandlung, aber auch Konflikte auf lokaler sowie globaler Ebene zunehmen, braucht es geschützte Räume, in denen die Betroffenen ihre Perspektiven schildern können. Zu solchen Räumen gehören Community-Medien. Hier finden Stimmen Gehör, die in Mainstream-Medien nicht ausreichend repräsentiert sind. In Community-Medien können Menschen eigene Inhalte unabhängig von Herkunft, (Aus-)Bildung, Geschlecht, Aufenthaltsstatus und vielen anderen Merkmalen produzieren. Dies ist ganz entscheidend, um Menschen zu ermutigen, als unabhängige Personen zu handeln und sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen.

Im Projekt »Speaking out loud« haben die drei Partnerorganisationen Frauen*solidarität (Österreich), Cyprus Community Media Centre – CCMC (Zypern) und Panjabi Centre (Vereinigtes Königreich) ihr Know-how und ihre Erfahrung in der Arbeit mit Frauen und ethnischen Minderheiten mit der Nutzung von Community-Medien als Mittlerinnen in Konfliktsituationen zusammengeführt.

Wer sind wir?

Die Frauen*solidarität organisiert und betreut Veranstaltungen mit internationalen Gender-Expertinnen und Experten, Feminist/innen und Frauenrechtsaktivist/innen. Sie gibt ein vierteljährlich erscheinendes Magazin heraus, produziert eine wöchentlich ausgestrahlte Community-Radiosendung, realisiert Projekte, erstellt Bildungsmaterialien und betreibt zusammen mit zwei weiteren

Organisationen eine Bibliothek. Darüber hinaus bietet die Frauen*solidarität Medien-Workshops speziell für Frauen und Mädchen an.

Das Cyprus Community Media Centre (CCMC) ist die führende Organisation für Community-Medien in Zypern. CCMC bietet Medien- und Kommunikationsschulungen und hat auch den mehrsprachigen Community-Radiosender MYCY ins Leben gerufen, der von freiwilligen Mitarbeiter/innen betrieben wird. Damit konzentriert sich erstmals ein zyprischer Radiosender speziell auf Gemeinschaften und benachteiligte Gruppen, die in Mainstream-Medien kaum eine Rolle spielen, und gibt diesen eine Stimme.

Das Panjabi Centre in London betreibt rund um die Uhr einen Community-Radiosender (Desi Radio) und bietet Radio- und Computerschulungen für Männer, Frauen und junge Menschen der Panjabi-Community an. Es organisiert Veranstaltungen zu Aspekten der Panjabi-Kultur, bei denen Frauen durch Lieder, Volkstanz, das Erzählen von Geschichten und Schauspiel zu selbstbestimmtem Verhalten motiviert werden sollen.

Warum ist das wichtig?

Das Recht auf Kommunikation sowie die Fähigkeit sich mitzuteilen sind ganz entscheidend für die Gleichstellung der Geschlechter, für die Beteiligung und Integration von Migrant/innen und für den Erfolg von Initiativen zur Friedensbildung und Konfliktlösung.



Petra Pint und Natalie Konyalian im Gespräch mit den Workshop Teilnehmenden

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

Die Kluft zwischen Frauen, deren wirtschaftliche Situation sich in den vergangenen Jahren verbessert hat, und denen, die von dieser Entwicklung nicht profitiert haben, wird immer größer – vergleichbar mit der Schere zwischen Arm und Reich oder jenen mit oder ohne Beteiligungsmöglichkeiten, die sich immer weiter öffnet. Das Projekt »Speaking Out Loud« machte auf diese anhaltenden Ungerechtigkeiten aufmerksam, betonte die Wichtigkeit von Frauenbewegungen, die sich seit Jahrzehnten weltweit dagegen engagieren und solidarisieren (z. B. die Weltfrauenkonferenzen der Vereinten Nationen) und diskutierte Verbesserungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene.

Angesichts der in den letzten Jahren zugenommenen Migrationsbewegungen nach Europa und ihrer Instrumentalisierung durch die Politik war es wichtig, das Augenmerk auf die Perspektiven von Migrant/innen zu richten, da sie im derzeitigen Diskurs nicht immer berücksichtigt werden (z. B. die Panjabi-Diaspora in London). Migration wirkt sich auf jedes Land, jede Familie und jede einzelne Person aus. Dieses Projekt bot Diskussionen Raum, wie sich die Rechte von Migrant/innen stärken lassen und Rassismus bekämpft werden kann.

Ungleichbehandlung und Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen nehmen in ganz Europa zu; nicht nur in Kriegsgebieten des Globalen Südens. Im Rahmen des Projekts wurden aktuelle Ansätze der Friedensbildung und Konfliktlösung (z. B. der Friedensprozess in Zypern) diskutiert und es konnte niederschwellig darüber nachgedacht werden, wie sich Frieden auf lokaler und globaler Ebene herstellen und wahren lässt.

Die Menschen vor Ort zusammenbringen

Zu den wichtigsten Zielen des Projekts gehörte für die Organisationen der Austausch von Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Freiwilligen sowie die Anwendung und Umsetzung unterschiedlicher Trainingsmethoden für Community-Medienmacher/innen. Die Partnerorganisationen trafen sich in Wien (Österreich), Nikosia (Zypern) und London (Vereinigtes Königreich), um dort Workshops insbesondere für Frauen und Migrant/innen abzuhalten. Es wurden nachhaltige Partnerschaften und Kontakte geschlossen und Aktivist/innen aus verschiedenen Organisationen und unterschiedlicher Herkunft zusammengebracht. Bei den Workshops hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, Wissen über die Rechte von Frauen und

Migrant/innen sowie Friedensbildung anzueignen und anschließend für die Ausstrahlung im Community-Radio aufzubereiten.

Gemeinsam etwas erarbeiten

Die Workshops vor Ort ermutigten die Teilnehmenden zu selbstbestimmtem Denken und Handeln indem sie neue technische und gestalterische Fertigkeiten lernten und gleichzeitig neue Themen diskutierten: Gleichstellung der Geschlechter und internationale feministische Praxis beim Workshop in Wien; Rechte und Mitsprache von Migrant/innen, restriktive Politik und Brexit in London und Frieden und Konfliktlösung in Nikosia.

Im Rahmen dieser Workshops wurden Videofilme über Diversität, über die Selbstbestimmung von Frauen und deren Rechte am Arbeitsplatz produziert sowie eine Radiosendung über Frauenrechte und die Gesundheitsreform in Österreich. In London produzierten die Teilnehmenden – hauptsächlich Panjabi-Frauen – Radiodokumentationen und Hörspiele in Hindi und reflektierten darin ihre Situation im Vereinigten Königreich, familiäre Probleme und das derzeitige politische Klima. In Nikosia produzierten die Teilnehmenden eine Radiosendung über die Probleme, die das Arbeiten in der UN-verwalteten Pufferzone mit sich bringt und berichteten über Möglichkeiten wie man überall auf der Welt in Frieden leben könnte. Sie gestalteten außerdem Hörspiele zum Thema weiblicher Genitalverstümmelung und erarbeiteten ein friedliches Ende für eine Geschichte der griechischen Mythologie. Beim abschließenden Workshop in Wien haben die Teilnehmenden eine Radiosendung über die antifeministischen Tendenzen in der aktuellen österreichischen Politik gestaltet.

Immer wieder Fragen stellen → einem breiteren Publikum zugänglich machen

Um sich einen besseren Einblick in die drei wichtigsten Themenbereiche (Feminismus, Migration und Konfliktlösung) zu verschaffen, haben sich die Projektpartner/innen nicht nur gegenseitig, sondern auch weitere Organisationen aus den jeweiligen Ländern interviewt, die in einem der Themenbereiche des Projekts tätig

sind. So wurde etwa ein Vertreter der Association of Historical Dialogue and Research (AHDR) in Nikosia, Zypern, dazu befragt, wie die Organisation mit ihrer Arbeit das öffentliche Verständnis der (Konflikt-)Geschichte (vor allem bei jungen Menschen und Lehrenden) im lokalen Kontext durch auf Friedensbildung ausgerichtete Bildungsangebote fördert. Die Interviews wurden später zu kurzen Hörbeiträgen zusammengefasst und auf einer CD veröffentlicht, um sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Alle Medienproduktionen können auf den Websites der Partnerorganisationen heruntergeladen und uneingeschränkt verwendet werden.

Was haben wir erreicht?

Das Projekt hat den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, ihre Sichtweisen zu vermitteln, sie haben sich in neue Thematiken eingearbeitet und waren schließlich in der Lage, das in Theorie und Praxis Erlernte zu ihren jeweiligen Organisationen und Radiosendern mitzunehmen. Sie konnten ihr Wissen weiter ausbauen, sich mit den behandelten Themen auseinandersetzen und sind in der Lage, die Fähigkeiten, die sie sich dabei angeeignet haben, für zukünftige Projekte anzuwenden.

Die Teilnehmenden hatten Gelegenheit, mit internationalen Teams aus Schulungsleiter/innen und Freiwilligen zusammenzuarbeiten und sich neue Einblicke in die Welt internationaler Community-Medien zu verschaffen. Eine Teilnehmerin des Workshops in Wien besuchte später das Panjabi Centre in London und produzierte eine Radiosendung. Viele Menschen, die das Panjabi Centre besuchen und dort freiwillig mitarbeiten, haben nur selten die Gelegenheit, Kontakt zu Menschen außerhalb ihrer Community zu knüpfen. Bei diesem Projekt konnten sie andere Sichtweisen auf Themen kennenlernen, mit denen sie sich normalerweise gar nicht befassen würden. Für sie war das eine wichtige Erfahrung, die sie wahrscheinlich auch mit ihrem Freundeskreis und ihrer Familie teilen werden, wodurch das erlangte Wissen weiterverbreitet wird. Die meisten Teilnehmenden der in Zypern veranstalteten Workshops hätten sonst keine Möglichkeit gehabt, mit Expertinnen aus

dem Vereinigten Königreich und aus Österreich zusammenzukommen. Das gilt insbesondere für die Geflüchteten, die an den Workshops teilnahmen. Sie hatten zuvor nur sehr selten oder noch nie Gelegenheit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und zeigten sehr großes Interesse an den behandelten Themen. Für sie, aber auch für die Partnerorganisationen bot das Projekt wertvolle Informationen und wichtige Interaktionsmöglichkeiten, selbstbestimmter zu handeln und ihr Wissen zu erweitern.

Fazit

Die Zusammenarbeit zwischen den drei Organisationen, die an diesem Projekt teilgenommen haben, erwies sich nicht nur für die Teilnehmenden der Workshops als sehr wertvoll, auch die Projektpartner/innen konnten untereinander nachhaltige Arbeitsbeziehungen aufbauen und sich selbst zu Themenfeldern weiterbilden, mit denen sie eher wenig in Berührung gekommen wären. Das Projekt trug außerdem zu einem tieferen Verständnis, wie sich Community-Medien, insbesondere Radio, je nach lokalen Möglichkeiten, nutzen lassen und in den einzelnen Regionen eingesetzt werden können, bei. Das CCMC in Nikosia beispielsweise hat seinen Sitz in der von den Vereinten Nationen kontrollierten Pufferzone in der Hauptstadt Zyperns. Das macht die Organisation in Hinblick auf ihre Struktur, ihre Ziele und ihre Arbeit so einzigartig und lässt ihr im Friedensprozess »von unten« eine entscheidende Rolle zukommen. Die Gespräche mit Bewohner/innen vor Ort und der Einblick in ihre Sichtweisen und die Probleme, mit denen sie im Alltag zu kämpfen haben, waren eine große Bereicherung und werden dazu beitragen, diese neuen Erfahrungen in zukünftige Projekte mit einzubinden.



Natalie Konyalian

Natalie Konyalian, MA ist Videomache-
rin, Medientrainerin und Projektkoordina-
torin im Cyprus Community Media Center.
Sie leitet auch das Studio von MYCYradio,
dem ersten mehrsprachigen Online-Com-
munity-Radiosender in Zypern.

nataliekonyalian@gmail.com
www.cypruscommunitymedia.org



Petra Pint

Petra Pint, MA ist Redakteurin des Maga-
zins »Frauen*solidarität«. Dort konzipiert
und organisiert sie auch Medien-Work-
shops und ist Mitglied der Radiogruppe
»Women on Air« (www.noso.at).

p.pint@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org



DEMOS

Demokratie und Gleichberechtigung sind wichtig für unsere Gesellschaft – Politische Beteiligung

Herbert Depner

Der Wert Demokratie ist in Europa gefährdet. In manchen Ländern ist eine skeptische oder negative Haltung gegenüber demokratischen Prozessen zu beobachten. Politische Parteien, die diese Skepsis bestärken, erhalten vermehrt Zuspruch und es bilden sich autoritärere Regierungsformen. Es wird zunehmend offenkundig, dass wesentliche Teile europäischer Gesellschaften entweder nicht mehr vom demokratischen Prozess überzeugt sind oder keinen Sinn darin sehen, sich selbst zu beteiligen. Dies kann dazu führen, dass Menschen nach »einfachen« oder extremeren Lösungen für gesellschaftliche Probleme suchen – einwanderungsfeindliche Stimmungen, Rassismus, rechtsextreme Überzeugungen, religiöse Radikalisierung usw.

Diese Partnerschaft wird es unseren Zielgruppen ermöglichen, aktiver an den Gesellschaften, in denen sie in den jeweiligen Ländern leben, teilzuhaben und stärker integriert zu werden. Sie fördert Kenntnisse und Fertigkeiten, die die Menschen für eine positive und proaktive Beteiligung an einer demokratischen Gesellschaft brauchen, und verschafft ihnen auf der Grundlage eigener Erfahrungen einen Einblick in soziokulturelle Probleme der Gegenwart und der Vergangenheit und in politische Strukturen, aus denen diese Probleme entstanden sind. Die Lernenden werden dafür sensibilisiert, dass durch den demokratischen Prozess jede und jeder Einzelne eine Stimme hat und dass der Verzicht auf die Beteiligung und eine passive Haltung zu Verfremdung, Apathie und gesellschaftlicher Ausgrenzung führen. Das Konzept von Rechten und Pflichten, Demokratie und Gesetz wird die Entwicklung des Erasmus+ Projekts DEMOS voranbringen.

Ziele

Unsere Zielgruppen werden:

1. Sowohl die politischen Systeme kennen und verstehen lernen, auf deren Basis unsere Gesellschaften auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene regiert werden, als auch die geschichtlichen Einflüsse, aus denen diese Systeme entstanden sind.
2. Gelegenheit haben, auf Grundlage des Engagements für Menschenrechte, soziale Verantwortung und Demokratie über Ansichten und Werte nachzudenken, die ihre Einstellungen und ihr Handeln als Einzelpersonen, aber auch als Mitglieder unserer Gemeinschaften, beeinflussen.
3. Die Aktivitäten im Rahmen des DEMOS-Projekts können in verschiedensten Medien mitverfolgt werden: z. B. in Videos, Website-Präsentationen oder Blogs. Abschließend wird es eine qualitativ hochwertige Foto- und Videopräsentation unter den Leitmotiven Respekt, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit auf Basis der Europäischen Charta der Grundrechte geben.

Das DEMOS-Projekt richtet sich an Menschen, die sich ihrer Rechte und Pflichten in einer Demokratie möglicherweise nicht in vollem Umfang bewusst sind, die sich gesellschaftlich kaum engagieren und ihre Stimme bei Wahlen und Abstimmungen eher nicht abgeben. Dies sind etwa:

→ neu Zugewanderte, Flüchtlinge und Asylsuchende, die nur schwer erreichbar sind



Herbert Depner, Wiener Volkshochschulen und Sanda Anca, Media Partners SRL, im Workshop auf der EPALE Konferenz

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

- jüngere Schüler/innen und Auszubildende, insbesondere aus an den Rand gedrängten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- Erwachsene aus an den Rand gedrängten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- Frauen – vor allem angesichts der Tatsache, dass sie in unseren Parlamenten proportional unterrepräsentiert sind.

Das DEMOS-Projekt richtet sich aber auch an sektorübergreifende Partnergruppen, insbesondere an jene, die im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements tätig sind und mit benachteiligten Gesellschaftsgruppen zusammenarbeiten, um bürgerschaftliches und politisches Engagement zu fördern, z.B. Mitglieder des Europäischen Parlaments, politische Institutionen wie etwa Stadt- und Gemeinderäte, politische Parteien, Hochschulen – für Politik und zivilgesellschaftliche Maßnahmen zuständige Abteilungen, Kunstorganisationen, die mit uns im Rahmen dieses Projekts zusammenarbeiten können.

Der Großteil der Projektpartner kennt sich bereits aus vorangehenden Erasmus+ Projekten. Der Projektkoordinator hat gezielt nach Einrichtungen gesucht, die im Rahmen ihres Aufgabenbereichs politische Bildung anbieten, sowie nach Ländern, in denen es zunehmend zu gesellschaftlicher und demokratischer Marginalisierung kommt.

Der Koordinator hat einen Anwendungsentwurf verschickt und Mitglieder des Netzwerks dazu aufgerufen, sich dem Konsortium anzuschließen und Beispiele für mögliche Projekte einzureichen. Nachdem sich der Koordinator mit der Österreichischen Nationalagentur beraten hatte, musste er sogar einigen Interessentinnen und Interessenten absagen, da das Interesse an einer Projektbeteiligung so groß war. So wurden vom Koordinator die am besten geeigneten Institutionen ausgewählt, und zwar unter Berücksichtigung geografischer Auswahlkriterien, der Qualität und des Innovationsgrads der eingereichten Beispielprojekte. Die Partnerländer: Bulgarien, Deutschland, Finnland, Irland, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden und Tschechische Republik.

Auswirkungen des Projekts

Erwartungsgemäß sollen Partner und andere Beteiligte innovative Methoden dafür erlernen, wie man Randgruppen erreichen kann, und so in der Lage sein, diese in zukünftige Bildungsmaßnahmen zu integrieren.

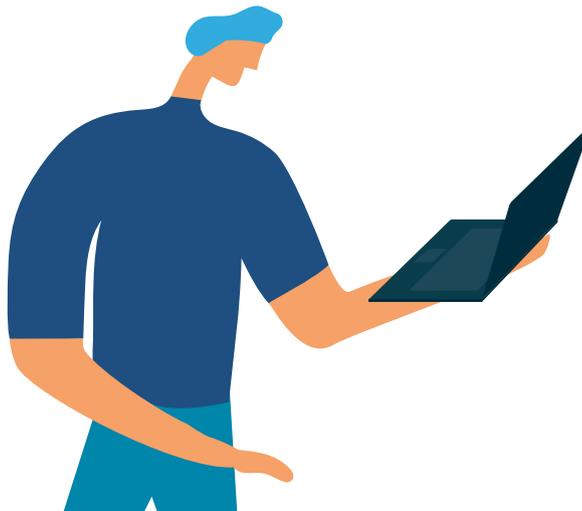
Unsere Zielgruppen werden auf diese Weise politisch und gesellschaftlich stärker einbezogen und erhalten neue Perspektiven für ihre Zukunft.



Herbert Depner

Mag. Herbert Depner arbeitet seit 1981 für die Wiener Volkshochschulen und ist seit 1995 in europäische Kooperationsprojekte involviert. Seit 2011 ist Europa sein exklusiver Arbeitsschwerpunkt, Erfahrungen hat er mit Grundtvig, Leonardo, Interreg, ESF gemacht. Das Erasmus+ Programm führte zu einem neuen Motivationsschub und dem Engagement in mittlerweile 14 Projekten. 2017 wurde Herbert Depner zum Erasmus+ Botschafter ernannt.

herbert.depner@vhs.at
www.vhs.at



Europäische Werte in der Erwachsenenbildung

Das Projekt »European Values through European Intelligence«
(EVEQ)

Tino Boubaris

Die Förderung der europäischen Werte gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ist eines der übergeordneten Ziele des EU-Programms Erasmus+. Europa braucht Gesellschaften mit stärkerem Zusammenhalt und ohne Ausgrenzung, die es den Bürger/innen erlauben, eine aktive Rolle im demokratischen Leben zu spielen. Für die Erwachsenenbildung ergibt sich daraus u. a. die Verpflichtung, wertorientierte Angebote zu entwickeln. Die Verantwortung von Erwachsenenbildung liegt jedoch nicht allein darin, Erwachsenen zu sagen, wie sie sich verhalten sollen, sondern auch, wie sie mit unterschiedlichen Erwartungen von Befürworter/innen bestimmter Werte umgehen können. Das Projekt EVEQ hat sich dieser Aufgabe gestellt und dabei gleichermaßen Lehrende und Lernende ins Auge gefasst. Beteiligt an dem Projekt waren neben der koordinierenden Einrichtung aus Deutschland (VNB) Partner aus Österreich (uniT), Nordmazedonien (Eco Logic), Dänemark (mhtconsult) und dem Vereinigten Königreich (Inteval).

Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte: Die Achtung dieser in Artikel 2 EUV genannten Werte sind für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union maßgeblich. In den vergangenen Jahren wurden allerdings tiefgreifende, sich teils widersprechende Veränderungsprozesse in verschiedenen europäischen Ländern und Regionen sichtbar, die aus nationalen (und manchmal nationalistischen) Ideologien heraus politische Gegensätze erzeugen. Dabei berufen sich alle Beteiligten auf die Wahrung ihrer jeweiligen Werteordnung. Wie geht das mit den europäischen Interessen zusammen?

Ist die Europäische Union eine Wertegemeinschaft?

Ein Satz, den man häufig in politischen Diskussionen über die Europäische Union hört, lautet: »Die EU ist eine Gemeinschaft, die auf gemeinsamen Werten basiert.« Meist wird dieser Hinweis dann gegeben, wenn Vorurteilen begegnet werden soll: die Europäische Union sei nur aus wirtschaftlichen Gründen entstanden, sie nutze nur den Großunternehmen oder regule nur Überflüssiges. Tatsächlich dienten die Römischen Verträge, die ab 1957 die Beziehungen zwischen europäischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg regelten, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; sie sollten dadurch aber in erster Linie helfen, den Frieden im westlichen Europa zu sichern.

Im Vertrag von Maastricht, mit dem die Europäische Union 1992 dann offiziell gegründet wurde, heißt es in Artikel 6: »Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemein.« Europa ist also – zumindest in seinen Regelwerken – eine Wertegemeinschaft. Es kommt aber auch darauf an, was man daraus macht.

Wenn Europa eine Wertegemeinschaft ist – was sind diese Werte?

Um welche Werte handelt es sich, und welche Bedeutung haben sie nicht nur für den Zusammenhalt der Europäischen Union, sondern für die Bürger/innen? Spätestens bei dieser Frage, stellt man sie einer zufällig zusammengewürfelten Gruppe von Menschen in Europa, wird es zu erheblichen Kontroversen kommen. Für die einen stehen Grundwerte wie Demokratie, Menschenrechte und Freiheit



Eigene und fremde Wertevorstellungen werden beim Theaterbesuch reflektiert

© EVEQ



Die Werte-Toolbox bietet eine systematische Unterstützung bei der Analyse von Werten

© EVEQ

an oberster Stelle. Andere wiederum sind der Meinung, dass der soziale Zusammenhalt, der Erhalt der natürlichen Ressourcen, die Religion oder die Sicherheit an erster Stelle stehen sollten.

In einer Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2012 wurde Demokratie nur von 28 Prozent der Befragten als eine der drei persönlich wichtigsten Werten genannt¹. An dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig gerade in Zeiten, wo Europa scheinbar ins Wanken gerät und sogar Grundwerte an vielen Orten in Frage gestellt werden, die Vermittlung fundamentaler Werte ist und bleibt.

Wie können europäische Werte zeitgemäß vermittelt und diskutiert werden?

Vor der Vermittlung von europäischen Werten bedarf es zunächst einmal einer Begriffsklärung. Was sind universale Werte, wie grenzen sie sich von individuellen Wertvorstellungen und Normen ab? Was einem Individuum als unabänderlicher Wert gelten mag, ist vielleicht nur der Glaube eines Einzelnen oder einer Gruppe und kann für eine Gemeinschaft nicht als gemeinsamer Wert definiert werden. Gleichzeitig gilt es jedoch, den Glauben und die Meinung jeder und jedes Einzelnen zu tolerieren und ihnen mit Respekt zu

begegnen – womit wir wieder bei den Grundwerten angelangt sind und feststellen werden, dass diese Werte oftmals in einem Spannungsverhältnis zueinanderstehen. Viel wichtiger als die Frage, welche Werte an welcher Stelle stehen, ist daher die Art und Weise, wie wir mit diesen Werten umgehen und wie wir sie miteinander diskutieren. Viele Lernende haben ihre persönlichen Erfahrungen mit europäischen Werten, ihren Möglichkeiten und Grenzen gemacht und werden diese Erfahrungen in Wertediskussionen einbringen.

Was trägt das Projekt EVEQ zu den Diskussionen über europäische Werte bei?

Ziel des Projektes war es, Lehrenden und Lernenden die notwendigen Grundlagen für eine offene, fruchtbare und wissensbasierte Diskussion europäischer Werte zu vermitteln. Dafür haben wir eine Strategie für die Vermittlung europäischer Werte entwickelt, die auf dem Modell der Kulturellen Intelligenz (Cultural Intelligence, CQ) basiert. CQ wird definiert als die Fähigkeit eines Menschen, sich in kulturell divers aufgestellten Situationen und Umfeldern agil, effektiv und damit intelligent zu verhalten.

Auf der Basis dieser Strategie ist im Projekt der Leitfaden »Val-EU – Values of Europe« entstanden, der Lehrende in der Erwachsenenbildung, aber auch aus anderen Bildungsbereichen anregen soll, sich in ihren Kursen und Angeboten mit der Vermittlung von europäischen Werten zu befassen und entsprechende Lehr- und Lernaktivitäten erfolgreich zu planen und umzusetzen. Angelehnt an den Ansatz der Kulturellen Intelligenz beschreibt der Leitfaden vier Handlungsschritte, die für die Entwicklung von Kurs- oder Unterrichtsangeboten zur Vermittlung von europäischen Werten hilfreich sein können: Motivation & Antrieb, Wissen & Ressourcen, Reflexion & Bewusstsein sowie Planung & Praxis. Im Leitfaden werden diese vier Schritte näher erläutert und durch viele Beispiele zur praktischen Umsetzung, die im Projekt mit unterschiedlichen Gruppen von Lernenden erprobt wurden, ergänzt.

Die Ergebnisse des Projektes können in verschiedenen Sprachen von der Projektwebseite www.val-eu.eu kostenlos und zur freien Verwendung heruntergeladen werden.

¹ European Commission: Standard Eurobarometer 77, Spring 2012: The Values of Europeans, Quelle: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>



Tino Boubaris

Tino Boubaris, MNA ist seit nahezu 20 Jahren als Projektkoordinator im Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB, www.vnb.de) in zahlreichen europäischen Projekten und Netzwerken im Erwachsenen- und Berufsbildungsbereich tätig. Darüber hinaus berät er Vereine und Initiativen u. a. in Organisations- und Finanzierungsfragen. Er engagiert sich ehrenamtlich im Flüchtlingsrat Niedersachsen sowie als Vorsitzender des Vereins Bildungslabor e.V., der innovative Projekte an der Schnittstelle Kunst/Kultur/Bildung entwickelt und implementiert. Seit Sommer 2017 ist er als deutscher Botschafter für die e-Plattform für Erwachsenenbildung in Europa (EPALE) aktiv.

tino.boubaris@vnb.de
www.vnb.de

EMAC

Ethical Media for Active Citizenship

Helmut Peissl

Kritische Medienkompetenz in der Erwachsenenbildung

Vor dem Hintergrund der Mediatisierung – der Durchdringung zunehmend aller Lebensbereiche durch medienvermittelte Kommunikation – bildet die Fähigkeit zu kritischem Medienhandeln heute nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Handlungsermächtigung und die gesellschaftliche Teilhabe, sondern zunehmend auch grundsätzliche Bedeutung für Lernen, Demokratieverständnis und Gemeinschaftsentwicklung. Medienhandeln meint hier den absichtsvollen Umgang von Menschen mit Medien und ihren Inhalten im Sinne von Rezipieren, Analysieren und Gestalten der Inhalte auf persönlich-individueller, sozialer und kulturell-gesellschaftlicher Ebene. Der britische Medienwissenschaftler Roger Silverstone¹ streicht diesen politischen Aspekt von Medienkompetenz heraus, wenn er meint:

»[...] Die mediale »Alphabetisierung« der Bürger ist eine Voraussetzung ihrer Partizipation an der Mediapolis, also der spätmodernen Gesellschaft überhaupt. Die Medien bilden den Rahmen unserer Alltagskultur, wer an dieser partizipieren, das heißt auch über sie mitentscheiden will, muss zur kritischen Analyse und Beurteilung der sozialen Dynamik und Bedeutung der Medien fähig sein. Er muss also vor allem über das wissen was die Medien verschweigen, was in ihnen nicht transparent gemacht wird, was ihnen stillschweigend zugrunde liegt und welche Folgen diese Bedingungen in moralischer Hinsicht haben. Er muss also mediale Vermittlungsprozesse als soziale und politische Prozesse durchschauen können.« (2007, S. 274)

Aus der Perspektive emanzipatorischer Erwachsenenbildungsarbeit gewinnt somit das Erkennen, Analysieren und Reflektieren von individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Mediatisierung auf unsere Lebenswelten grundlegende Relevanz. Lernende sollten befähigt werden als aktive Bürger/innen ihre Interessen, Möglichkeiten sowie ihre Verantwortung zu erkennen, die sich aus der Mediatisierung ergeben und gut informierte Entscheidungen in ihrem Medienhandeln treffen zu können. Diese Perspektive macht die kritische Reflexion zur Voraussetzung, um verantwortungsvoll auch funktionales Anwendungswissen an Lernende vermitteln zu können.

EMAC – Ethical Media for Active Citizenship

Im Rahmen des Erasmus+ Projekts EMAC erarbeiten und testen die Partner aus fünf Ländern niederschwellige Methoden zur Vermittlung von kritischer Medienkompetenz und Medienethik. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits Herangehensweisen zur Analyse von Medieninhalten, deren Überprüfung auf Wahrhaftigkeit und die Einhaltung medienethischer Standards mit besonderem Augenmerk auf Darstellungen von Minderheiten und benachteiligten Gruppen in Medien. Einen zweiten Schwerpunkt bilden Methoden und Werkzeuge für den Einsatz in Workshops für Bürger/innen und Journalist/innen zu Fragen ethischer Gestaltung von Medieninhalten. So dient etwa die Übung »Power Flower« der Bewusstmachung von eigenen Diskriminierungserfahrungen, aber auch der Reflektion zur Frage in welchen Situationen ich andere – oft unbewusst – diskriminiert habe. Lernziel dabei



Helmut Peissl (COMMIT) und Michael Nicolai (Radio Corax und EMAC-Projekt-koordinator) bei der Einführung zu kritischer Medienkompetenz in der Erwachsenenbildung

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger



Simon Olipitz (COMMIT) bei der Anleitung der Übung »Flower Power« zur Sichtbar-machung von Diskriminierung in Medien aus der Werkzeugkiste von EMAC

© Oead-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger

ist die Vertiefung empathischer Haltungen der Teilnehmer/innen bei der Gestaltung eigener Medieninhalte. Alle Elemente fließen in die Erstellung eines Workshopmoduls zu journalistischer Ethik ein und können als Ganzes oder auch in Form einzelner Übungen verwendet werden. Als Referenzmaterialien sammeln die Partnerorganisationen Beispiele von »good practice« zu Richtlinien und Codes für ethischen Journalismus in den beteiligten Ländern mit Schwerpunkt auf die Darstellung unterrepräsentierter/marginalisierter Gruppen. Zu einzelnen Themen werden Radioprogramme produziert, die sowohl zur inhaltlichen Vertiefung als auch als Praxisbeispiele für diskriminierungsfreie Mediengestaltung dienen sollen. Das Projekt will so einen Beitrag zur dringend notwendigen Bildungsarbeit leisten, die Bernhard Pörksen² hinsichtlich seiner Vorstellung einer »redaktionelle[n] Gesellschaft« einfordert (2018, S. 186), in der alle Menschen über journalistische Kompetenzen verfügen sollten, um selbstbestimmt und konstruktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen zu können.

Die Projektpartner/innen

Ein wichtiger Aspekt bei der Konzeption und der Realisierung des Projekts war die Einbindung von Partner/innen aus unterschiedlichen geografischen Kontexten und Erfahrungshintergründen. Gemeinsam ist allen aber die intensive und langjährige Auseinandersetzung und Praxis mit der niederschweligen Vermittlung von Medienkompetenz als Teil zugänglicher und emanzipatorischer Medienarbeit – Mediengestaltung ist stets verbunden mit bewusstem oder unbewusstem Lernen.

NearFM <http://nearfm.ie> in Dublin/Irland ist seit 1982 aktiv und bietet regelmäßig Aus- und Weiterbildungen zu Community Building, Radiogestaltung und interkultureller Kommunikation. Die beiden Partner in Deutschland, Radio Wüste Welle [www.wueste-welle.de](http://wueste-welle.de) in Tübingen und Radio Corax <http://radiocorax.de> in Halle/Saale arbeiten unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen als nichtkommerzielle freie Radiosender mit einem

Fokus auf der Einbindung von Flüchtlingen und Migrant/innen in die Radioarbeit. Aus Spanien ist EMA-RTV www.emartv.es, die Vereinigung der Gemeinschaftsradios und TVs in Andalusien beteiligt. EMA-RTV koordiniert eine Reihe von lokalen Rundfunkstationen, produziert Programme für die gemeinsame Ausstrahlung und ist für die Weiterbildung der ehrenamtlichen und bezahlten Mitarbeiter/innen verantwortlich. COMMIT www.commit.at, das Community Medien Institut verfolgt die Auseinandersetzung und Entwicklung zum Thema Medienkompetenz im europäischen und internationalen Kontext an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis, engagiert sich in der Begleitforschung und der Weiterbildung von Mitarbeiter/innen von Community Medien in Österreich. AMARC-Europe www.amarceurope.eu ist die Europäische Vereinigung der Community Radios und bemüht sich um die Anerkennung des nichtkommerziellen Rundfunks als eigenständigen Sektor in Europa und stellt im Projekt die europäische Verbreitung der Ergebnisse sicher.

Links:

Helmut Peissl, Meike Lauggas (2016): Ich lerne mit jeder Sendung. Bildungsleistungen und Beiträge zum lebensbegleitenden Lernen des nichtkommerziellen Rundfunks in Österreich. Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Band 2/2016, Wien; Online: <https://www.commit.at/materialien/studien/studie-ich-lerne-mit-jeder-sendung/>

Helmut Peissl, Andrea Sedlaczek, Barbara Eppensteiner und Carla Stenitzer (2018): Kritische Medienkompetenz und Community Medien. Dossier erwachsenenbildung.at; Online: <https://erwachsenenbildung.at/themen/kritische-medienkompetenz/>

¹ Silverstone, Roger (2007): Mediapolis. Die Moral der Massenmedien. Frankfurt: Suhrkamp

¹ Pörksen, Bernhard (2018): Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Hanser



Helmut Peissl

Mag. Helmut Peissl ist Kommunikationswissenschaftler und Medienpädagoge. Seit der Gründung 2010 ist er Geschäftsführer des Vereins »COMMIT – Community Medien Institut für Weiterbildung Forschung und Beratung«. Er leitete mehrere Studienprojekte zum Nicht-kommerziellen Rundfunk in Österreich und Europa für die Rundfunk- und Telekomregulierungsbehörde RTR. Gemeinsam mit Dr.ⁱⁿ Meike Lauggas veröffentlichte er die Studie »Ich lerne mit jeder Sendung«. Bildungsleistungen und Beiträge zum lebensbegleitenden Lernen des nicht-kommerziellen Rundfunks in Österreich und erstellte 2018 für die österreichische Erwachsenenbildung das Dossier »Kritische Medienkompetenz und Community Medien«. Er ist als Beobachter und Experte bei der Abteilung Medien und Internet des Europarates im Rahmen des Community Media Forum Europe (CMFE) aktiv.

hp@commit.at
<http://ethicalmediatraining.eu/>
(Projektlaufzeit: 9/2017 – 10/2019)

Die Möglichkeiten des Programms Erasmus+ Erwachsenenbildung

Karin Hirschmüller

Zahlreiche Erasmus+ Projekte beschäftigen sich mit gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. Möchten Sie mehr über diese Projekte erfahren? Dann werfen Sie doch einen Blick in die Erasmus+ Project Results Platform¹, kurz EPRP. Sucht man darin etwa nach »social participation«, findet man Erwachsenenbildungs-Projekte, die in Europa von Erasmus+ zu diesem Thema seit 2014 genehmigt wurden. Zu jedem Projekt gibt es eine kurze Beschreibung sowie eine Auflistung der Partnereinrichtungen. Bei Projekten, die schon abgeschlossen sind, finden Sie hier auch die entwickelten Produkte wie zum Beispiel Sammlungen von Best Practice Beispielen, Curricula, Handbücher oder Videos.

Bei der Recherche in der Plattform bemerken Sie auch, dass es unterschiedliche Formate in Erasmus+ gibt:

KA1 – Mobilität

Projekte aus **Erasmus+ Key Action 1 (KA1)** werden auch **Mobilitätsprojekte** genannt. Dabei gehen Leiter/innen oder Mitarbeiter/innen von Erwachsenenbildungs-Organisationen für ihre Weiterbildung ins Ausland. Meist sind es Kurse oder sog. »Job Shado-

wings« in einer Gasteinrichtung, die man absolviert. Möglich ist aber auch, selbst an einer Organisation im Ausland zu unterrichten. Sie können sich für diese Aktivität auch mit anderen Einrichtungen in Österreich zu einem Konsortium zusammenschließen. Besonders interessant ist das für Sie, wenn sie ohnehin schon mit anderen Organisationen in einem Dachverband oder in Netzwerken verbunden sind.

KA2 – Strategische Partnerschaften

Ein anderes Format sind die **Strategischen Partnerschaften**, auch **KA2 Projekte** genannt. Darin sind zwei Schwerpunkte wählbar: »Förderung von Innovation« und »Austausch guter Praxis«.

KA2 Projekte zum **»Austausch guter Praxis«** bieten Gelegenheit zum Kennenlernen unterschiedlichster Ansätze und Methoden. Mehrere Organisationen aus Europa treffen sich über einen längeren Zeitraum (mindestens ein Jahr) immer wieder und tauschen ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu einem konkreten Thema aus. Meist entsteht dabei eine Sammlung von Beispielen guter Praxis, die auch für andere Erwachsenenbildner/innen interessant ist.



Zürich - die Stadt aus der Sicht eines Flüchtlings, organisiert von Architecture for Refugees

© Max Mayrhofer, inspire

Ein gelungenes Beispiel: **INCLUD (Inclusive Neighbourhoods – Researching opportunities for intercultural learning)**. Unter Leitung des österreichischen Koordinators inspire (www.inspire-thinking.at/) widmeten sich Projektorganisationen aus Deutschland, Italien, Schweden und – als stiller Partner – der Schweiz von 2016 bis 2018 der Frage, wie Nachbarschaften zu lebendigen Orten interkulturellen Lernens werden. Sie versammelten relevante Stakeholder und identifizierten gemeinsam Erfolgskriterien. Auf der Projektwebsite (<http://includ.org>) und in der EPRP <http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects/eplus-project-details/#project/2016-1-AT01-KA204-016678> können Sie ein weiteres Ergebnis des Projektes finden: die Beschreibungen von 14 Nachbarschaftsinitiativen in Europa, in denen interkulturelles Lernen praktiziert wird.

Möchten Sie neben einem Austausch auch Produkte entwickeln, die von einem hohen Grad an Innovation gekennzeichnet sind, dann stellen Sie einen Antrag in der Programmschiene KA2 zur

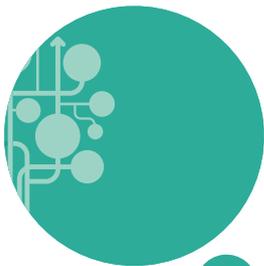
»Förderung der Innovation«. Gemeinsam mit Ihren europäischen Partnereinrichtungen widmen Sie sich einer konkreten Herausforderung und erarbeiten hierzu Produkte, die benötigt werden: etwa Methodenhandbücher, Curricula für Lehrgänge oder Lernplattformen.

¹ <http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects/> – Es sind auch Projekte anderer Programme inkludiert: Life Long Learning, Youth in Action, Co-operation with industrialised countries, Erasmus Mundus, Tempus, Sports. Suchen Sie daher in der erweiterten Suche!

Möchten auch Sie sich in Europa
weiterbilden oder mit Partnerorganisationen
aus Europa zusammenarbeiten?
Nutzen Sie die Finanzierungsmöglichkeiten bei
Erasmus+ Erwachsenenbildung!

Die Nationalagentur Erasmus+ bietet
Informationsveranstaltungen, Webinare, Beratungen
und Final Checks. Kontaktieren Sie uns!

<https://bildung.erasmusplus.at/de/erwachsenenbildung>
erwachsenenbildung@oead.at



Karin Hirschmüller

Mag.^a Karin Hirschmüller studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und arbeitet seit 2009 in der Nationalagentur Erasmus+ Bildung in der OeAD-GmbH im Bereich Erwachsenenbildung. Sie ist Projektbetreuerin von Erasmus+ KA2 Strategischen Partnerschaften und KA1 Mobilitätsprojekten in der Erwachsenenbildung und war bis 2017 auch Mitarbeiterin in Euroguidance (europäische Vernetzung der Bildungs- und Berufsberatung). Davor war sie in der Erwachsenenbildung tätig, u. a. in der Dialogarbeit zwischen Roma und Nicht-Roma und im Bereich Antidiskriminierung.

karin.hirschmueller@oead.at
www.bildung.erasmusplus.at

EPALE – Was haben Sie davon?

<https://ec.europa.eu/epale>

Es bringt viele Vorteile, der EPALE-Gemeinschaft beizutreten.

Werden Sie Teil der Erwachsenenbildungsgemeinschaft

Das Ziel von EPALE ist es, eine europäische Erwachsenenbildungsgemeinschaft aufzubauen. Wenn Sie EPALE beitreten, können Sie mit unterschiedlichen Akteuren aus dem Bereich Erwachsenenbildung kommunizieren, wie z. B. mit Trainer/innen, politischen Entscheidungsträger/innen und Freiwilligen.

Networking mit Gleichgesinnten

Als EPALE-Mitglied können Sie Ihre Ansichten mit anderen Menschen diskutieren, die in Ihrem Land oder in Europa im gleichen Bereich tätig sind, und mit ihnen Informationen austauschen. Die Plattform eignet sich hervorragend, um Projektpartner zu finden oder Erfahrungen und Ideen im Zusammenhang mit Ihrem Erwachsenenbildungsprojekt zu teilen.

Vernetzung außerhalb des eigenen Umfelds

EPALE bietet dem Erwachsenenbildungssektor etwas Neues – die Möglichkeit, unkompliziert mit europäischen Fachleuten aus der Erwachsenenbildung außerhalb Ihres gewöhnlichen beruflichen Umfeldes in Kontakt zu treten – mit politischen Entscheidungsträger/innen, Blogger/innen, Forscher/innen, Freiwilligen, Tutor/innen, Trainer/innen usw.

Erweitern Sie Ihr Publikum

Vielleicht sind Sie eine Bloggerin oder ein Blogger und möchten Ihre Meinung über ein Thema aus dem Bereich der Erwachsenenbildung teilen, oder Sie sind Forscherin bzw. Forscher und haben eine Arbeit über eine neue Methode veröffentlicht. Vielleicht haben Sie als politische/r Entscheidungsträger/in einen spannenden Vorschlag, oder Sie arbeiten als Trainerin bzw. Trainer und möchten Good Practices, eine Veranstaltung, einen Nachrichtenartikel oder eine Ressource teilen, an denen Ihre Kolleginnen und Kollegen interessiert wären. EPALE ermöglicht Ihnen nicht nur in Europa, sondern weltweit eine unmittelbare Plattform und sofortige Verbreitung.

Zugang zu einer umfassenden Ressourcen-Datenbank

Mitglieder von EPALE können auf über 6.700 hochwertige Ressourcen in englischer und deutscher Sprache rund um das Thema Erwachsenenbildung zugreifen. Unsere Gemeinschaft sorgt dafür, dass diese umfangreiche Datenbank ständig wächst.

Auf dem neuesten Stand bleiben

EPALE informiert Sie über die aktuellsten Neuigkeiten und Entwicklungen aus dem Erwachsenenbildungssektor in Ihrem Land und in ganz Europa.

Wie können Sie mitmachen?

Registrieren Sie sich einfach auf der Plattform, um sämtliche Funktionen von EPALE nutzen zu können.



EPALE-Profil erstellen

Erleichtern Sie sich das Networking und den Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen und anderen EPALE-Mitgliedern, indem Sie ein Profil anlegen, das so viele Informationen wie möglich enthält. Lassen Sie die Gemeinschaft wissen, welche beruflichen Erfahrungen und Interessen Sie haben oder an welchen Projekten Sie aktuell arbeiten.



Diskussionen führen

EPALE konzentriert sich auf fünf Themenbereiche und regt über Foren, Kommentare, Bewertungen und Umfragen zur Zusammenarbeit unter Kolleginnen und Kollegen an. Die Themenseiten sind der Bereich, wo Informationen bereitgestellt werden und wo gleichgesinnte Nutzerinnen und Nutzer zusammentreffen können.



Gedanken austauschen

Wenn Sie leidenschaftlich bloggen, würden wir gerne Ihre Ansichten zu verschiedenen Themen aus dem Bereich der Erwachsenenbildung kennenlernen. Mit nur wenigen Klicks können Sie Ihren Blog-Beitrag zur Publikation vorschlagen. Besuchen Sie einfach den Blog-Bereich von EPALE und legen Sie los.



Up-to-date halten

Haben Sie eine interessante Ressource gefunden, neue Methoden kennengelernt oder eine Veranstaltung zur Erwachsenenbildung entdeckt? Teilen Sie diese einfach und unkompliziert auf EPALE. Innerhalb weniger Minuten können Sie neue Inhalte veröffentlichen und so Interessierte darauf aufmerksam machen. Besuchen Sie die verschiedenen Themenbereiche und erfahren Sie mehr.

EPALE und Ihr Erasmus+ Projekt



News



Blogs



Ressourcen
Zentrum



Policy Portal



Veranstaltungs-
kalender

	News	Blogs	Ressourcen Zentrum	Policy Portal	Veranstaltungskalender
01 VORBEREITUNG	Sich über aktuelle Themen und Entwicklungen informieren	Erfahrungs- und Projektberichte lesen	Ressourcen sichten und auswerten	Über europäische Erwachsenenbildungs-Politik Bescheid wissen	Veranstaltungen und Fortbildungen finden und besuchen
02 ANTRAGSTELLUNG	Aktuelles zur Antragstellung, Daten für Beratungsangebote		Aktuelles zur Antragstellung, Daten für Beratungsangebote		Beratungs- und Trainingsangebote finden
03 UMSETZUNG	Über den Projektstart und Meilensteine kurz informieren	Während des Projektes regelmäßig Erfahrungsberichte teilen	Zwischen-ergebnisse teilen		Eigene Veranstaltungen bewerben
04 VERBREITUNG & BEWERTUNG	Schlüsselerkenntnisse teilen. Auf Outputs und Reporte verweisen	Projekt zusammenfassen	Outputs und Reporte nachhaltig hochladen		Konferenzen und Multiplikatorenveranstaltungen bewerben

Vom aktuellen Wissen profitieren

Vernetzen mit Europas größter Community

Profil bilden und sichtbar machen



Praxis-community

Sich mit Gleichgesinnten über Themen austauschen und vernetzen



Privater Raum

Mit Partnern im privaten Raum den Antrag vorbereiten



Partner Suche

Geeignete Partner finden



Online Diskussion

Aktuelle Themen diskutieren und selbst sichtbar werden



EPALE Soziale Medien

Immer auf dem Laufenden sein

Neuerungen zu bestimmten Themen diskutieren und Feedback erhalten

Zum Projektmanagement und Austausch von Dokumenten nutzen

Eigene Erkenntnisse einbringen und Wissen teilen

Aktiv mit EPALe interagieren und mehr Nutzer/innen erreichen

Implementierung der Ergebnisse gemeinsam planen

Partner für ein Folgeprojekt suchen

Projekt und Ergebnisse vorstellen und weiterverbreiten

Zur Verbreitung nutzen

IMPRESSUM | **Herausgeber:** Österreichische Austauschdienst-GmbH | **Nationalagentur Erasmus+ Bildung** | Ebendorferstraße 7 | 1010 Wien | T +43 1 53408-0 | F +43 1 53408-999 | epale@oead.at
bildung.erasmusplus.at | Sitz: Wien | FN 320219 k | ATU64808925 | DVR 4000157 | **Redaktion und Lektorat:** Eva Baloch-Kaloianov | Übersetzung aus dem Englischen der Artikel von Natasha Kersh,
Barbara Kuss / Mats Mikiver, Natalie Konyalian / Petra Pint sowie von Herbert Depner: eurocom Translation Services GmbH | **Für den Inhalt verantwortlich:** Ernst Gesslbauer | **FotosPortraits der Autor/-**
innen: OeAD-GmbH/APA-Fotoservice/Hörmandinger | **Grafik-Design:** Alexandra Reidinger | **Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, Bad Vöslau | **Wien, Oktober 2019**

Diese Publikation wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

WWW.

ec.europa.eu/epale/de
facebook.com/EPALE.AT
twitter.com/EPALE_AT
bildung.erasmusplus.at
oead.at

